

# STEUERN

Auf dem Steueramt: Einblick in jene Verwaltung, die vieles über unsere Finanzen weiss 4

Schwierige Lenkung: Über das Scheitern von ökologischen Steuerreformen in der Schweiz 12

Besser umverteilen: Warum die Mitglieder von taxmenow gern Steuern zahlen 14

Magazin für Geld und Geist

# moneta

online  
moneta.ch

#1 2024



- 4 «Samichlausgeschenk: 2,5 Millionen»
- 7 Der Traum vom Minimalstaat
- 8 «Die heutige Ungerechtigkeit wurzelt im Kolonialismus»
- 10 Steuersystem Schweiz?!
- 12 Mit Steuern das Klima retten ist schwer
- 14 Die «Neiddebatte» umgehen

**EXKLUSIV AUF MONETA.CH**

*Der Preis der Zivilisation – eine kleine Geschichte der Steuern*  
[moneta.ch/steuern-geschichte](http://moneta.ch/steuern-geschichte)  
 «Gerade weil die Lenkungsabgabe so transparent ist, ist sie so unpopulär»  
[moneta.ch/steuern-oeekosteuer](http://moneta.ch/steuern-oeekosteuer)

**DIE SEITEN DER ABS**

16 Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

**PERSÖNLICH**

24 Nora Saratz Cazin: Steuern für die Lebendigkeit

**moneta #1-2024**

Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

**Herausgeberin** Alternative Bank Schweiz AG

**Redaktionsleitung** Katharina Wehrli (kw) und Simon Rindlisbacher (sr)

**Redaktion** Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Scarlett Palmeri (sp), Dominique Roten (dr), Katrin Wohlwend (kwo)

**Online-Redaktion** Scarlett Palmeri

**Übersetzung** Roland Fischer

**Inserate** Bruno Bisang, Luzia Küng

**Layout** Clerici Partner Design, Zürich

**Illustrationen** Claudine Etter

**Druck** Ropress Genossenschaft, Zürich

**Papier** RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling

**Adresse** Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 16 16, [moneta@abs.ch](mailto:moneta@abs.ch)

**Auflage dieser Ausgabe** 22 300 Ex.

**Beilagen** Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

**Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen** Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter [moneta.ch](http://moneta.ch).

## Grundsätzlich etwas Gutes



«Ich zahle gern Steuern», eröffnete mir einmal ein guter Bekannter. Er habe sich bewusst entschieden, so zu denken, und ärgere sich nun nicht mehr, wenn zuerst die Steuererklärung und später die Steuerrechnungen ins Haus flatterten.

Das hat mich beeindruckt – und ich habe diese Haltung einfach übernommen: Auch ich zahle nun gern Steuern. Wenn ich die Steuererklärung ausfülle, versuche ich nicht, auf Teufel komm raus zu optimieren, und ich gebe die Steuerrechnung jeweils entspannt in mein Online-Banking ein.

Aber ich habe diese Haltung nicht nur deshalb angenommen, weil ich mich damit im Leben etwas weniger ärgere. Nein, ich finde eigentlich, dass Steuern grundsätzlich etwas Gutes sind. Immerhin wird damit vieles finanziert, von dem ich regelmässig profitiere: Der öffentliche Verkehr, die Schule meiner Kinder, die Polizei, die für meine Sicherheit sorgt – irgendjemand muss das ja zahlen. Dabei stört es mich auch nicht, dass ich allenfalls zu einem höheren Steuersatz besteuert werde als Menschen, die weniger verdienen als ich. Nur weil mein Lohn höher ist, brauche ich für meinen Grundbedarf ja nicht mehr Geld. Da teile ich via Staat auch gern einen Teil davon mit anderen. Natürlich: Ich sage das als jemand, der bis jetzt immer genügend auf der Seite hatte, um die Steuerrechnung auch zu begleichen. Ebenso weiss ich, dass mit Steuergeldern manches finanziert wird, das ich nicht gut finde. Aber in unserer Demokratie zählen eben nicht nur meine Interessen, sondern auch die vieler anderer. Und wofür der Staat Geld ausgibt, das wird gemeinsam ausgehandelt – genauso, wie wer diese Ausgaben mit wie viel Steuergeld mittragen soll.

Wobei – «gemeinsam ausgehandelt» entspricht wohl nicht ganz der Realität. Wie diese moneta zeigt, zahlen gerade besonders reiche Menschen oftmals nicht gern Steuern. Sie behalten den grossen Teil ihres Geldes lieber für sich. Das Steuersystem hält dem zwar entgegen, aber nur bedingt. Der Grund: Offenbar kennt, «wer hat» – egal, ob Privatperson oder Unternehmen –, auch Möglichkeiten, das Steuersystem zum eigenen Vorteil mitzugestalten oder sich dem Fiskus zu entziehen. Irgendwie ungerecht, oder?

Grundsätzlich könnte das Steuersystem nämlich ein gutes Instrument sein, um unsere Gesellschaft zu gestalten, sie gerechter und nachhaltiger zu machen. Genau dieses Potenzial des Systems will diese moneta ausloten und seine Funktionsweise zumindest teilweise entschlüsseln. Auf dass wir alle ein bisschen lieber Steuern zahlen – vielleicht.

*Simon Rindlisbacher, Co-Redaktionsleiter moneta*

**moneta**



**Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie den moneta-Newsletter unter [moneta.ch/newsletter-anmeldung](http://moneta.ch/newsletter-anmeldung)**

## Zu Ostern: Beide Seiten der Schokolade kennenlernen

Schokolade ist bei uns billig und im Überfluss verfügbar. Das könnte sich in Zukunft ändern, wie die aktuellen Rekordpreise für Kakao, den wichtigsten Rohstoff für Schokolade, zeigen. Der Grund für den Preisanstieg sind fatale, auch klimabedingte Ernteausfälle in Ghana und an der Elfenbeinküste. Für die Kakaobäuerinnen und -bauern, die endlich von höheren Marktpreisen profitieren sollten, verschärft sich die Lage zunehmend. Denn die klimatisch günstigen Zonen für den Kakaoanbau verschieben sich. Wo entstehen dann neue Plantagen? Dort, wo Urwald für Holz zerstört wird, obschon diese Entwicklung das Klima anheizt? Sollten wir deshalb und wegen der oft immer noch ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der Branche ganz auf Schokolade verzichten? Diese und weitere Fragen bewegen die Initiantinnen und Initianten des Schoggifestivals «Ehr und redlich». Sie laden eine Woche vor Ostern zum dritten Mal zum genussvollen Entdecken fairer Schokolade, zu Spiel und Aufklärung ein. (eb)

Sonntag, 24. März, 10 bis 17 Uhr, Mühle Tiefenbrunnen, Zürich.  
Programm siehe [schoggifestival.ch](http://schoggifestival.ch)

## Greenhushing: Trend hält an

Was South Pole vor zwei Jahren im Rahmen einer jährlichen Umfrage erstmals feststellte, bestätigte sich 2023 erneut: Unternehmen weltweit fahren die Kommunikation rund um ihre Klimaziele bewusst zurück. Sie betreiben sogenanntes Greenhushing («to hush» heisst auf Englisch «verstummen»). Für seinen «Net-Zero Report 2023/2024» befragte das Schweizer Beratungsunternehmen 1400 klimabewusste Unternehmen aus zwölf Ländern zu ihrem Engagement im Bereich Klimaschutz. Eine Mehrheit gab an, ihre Anstrengungen verstärkt zu haben, aber weniger darüber zu berichten. Ein Grund dafür ist unter anderem, dass sie sich weniger der Kontrolle und Kritik von Investierenden sowie von den Medien aussetzen wollen. Laut South Pole ist dieser Trend problematisch. Denn so lässt sich nicht verfolgen, ob die Unternehmen ihre Versprechen tatsächlich einhalten. Zudem sind die Vorreiter weniger sichtbar und kein Ansporn mehr für andere Unternehmen. (sr)

Mehr erfahren: [southpole.com/de/publikationen/destination-net-zero-report](https://southpole.com/de/publikationen/destination-net-zero-report)

## Neues Angebot für Vorwärtsmacherinnen und -macher

Die Wirtschaft zukunftsfähig machen? Wie das geht, zeigt Nowtopia. Die neue Plattform stellt Unternehmen vor, die schon heute zeigen, dass Wirtschaft auch anders geht. Mit wertebasierten Organisationsformen, nachhaltigen Geschäftsmodellen und viel Haltung machen sie den Unterschied und stossen damit beispielhaft den Wandel unseres Wirtschaftssystems an. Seit Kurzem ist auch die ABS auf der Plattform vertreten. Nowtopia ist Teil des Angebots «Von 0 auf 100», mit dem der Migros-Pionierfonds Unternehmerinnen und Unternehmer mit zukunftsweisenden Geschäftsmodellen fördert und vernetzt. Wer eine Projektidee hat, die die Welt ein bisschen besser machen kann, findet auf der Plattform geballtes Know-how, um damit durchzustarten. (kw)

Mehr erfahren: [vonoauf100.org](http://vonoauf100.org)

## «Hoffen bleibt erlaubt»

Die Klimakrise nimmt ungebremst ihren Lauf. Wälder brennen, Gletscher schmelzen, Dörfer werden überflutet, Menschen sterben. Wo bleibt da die Hoffnung? Im Januar 2022 machten sich der Journalist Florian Wüstholtz und der Fotograf Martin Bichsel auf die Suche nach Antworten. Sie reisten dafür mit dem Velo von Bern nach Teheran. Im Buch «Hoffen bleibt erlaubt» erzählen sie in Reportagen aus elf Ländern von Ursachen und Folgen der Klimakrise – und von Menschen, die etwas dagegen unternehmen



und trotz allem an eine lebenswerte Zukunft glauben. Möglich gemacht haben das Buch Organisationen wie die «WOZ» sowie über 250 Personen, die im Rahmen eines Crowdfunding gemeinsam mehr als 40 000 Franken gespendet haben. (sr)

Mehr erfahren und Buch bestellen: [hoffenbleibterlaubt.ch](http://hoffenbleibterlaubt.ch)

## Aus der Klimakrise mit Steuern für Superreiche

Was braucht es, um die Klimakrise zu überwinden? Höhere Steuern für reiche Menschen. Das schreiben Jørgen Randers und Till Kellerhoff in ihrem Buch «Tax the Rich». Der emeritierte Klimawissenschaftler und der Programmdirektor beim Club of Rome haben beobachtet, dass die wachsenden Vermögen der Superreichen mit steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergehen. Sie fordern deshalb eine stärkere Besteuerung von grossen Vermögen und Erbschaften. Das soll nicht nur der Ungleichheit in unserer Gesellschaft entgegenwirken, sondern auch die Rettung unserer Lebensgrundlagen ermöglichen – finanziert von jenen, die es sich leisten können. (sr)



Mehr zum Buch: [oekom.de/buch/tax-the-rich-9783987260674](https://oekom.de/buch/tax-the-rich-9783987260674)

PS: Die Juso hat soeben ihre Zukunftsinitiative eingereicht, die ziemlich genau das Gleiche fordert wie Randers und Kellerhoff.

Mehr unter: [zukunft-initiative.ch](http://zukunft-initiative.ch)



moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion betreut. Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den «Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.



# «Samichlausgeschenk: 2,5 Millionen»

**Am Steueramt kommt niemand vorbei. Und keine andere Verwaltung weiss so viel über die Menschen, die im Ort leben. Ein Besuch. In Zürich, einer der reichsten Städte der Welt.** Text: Esther Banz

«Zuerst eine Schätzfrage: Wie hoch war der Grenzsteuersatz in den USA von 1935 bis 1962?» Bruno Fässler, Direktor Steueramt Stadt Zürich

Im reichen Zürich befinden sich die Büros des Steueramtes in einem Hochhaus. Allerdings irrt, wer denkt, seine Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter hätten die beste Aussicht, thronten über anderen Dienstabteilungen der Stadt und vor allem über denen, die für die (finanziell) Benachteiligten zuständig sind. Es ist genau umgekehrt: Das Sozialdepartement arbeitet in den oberen Etagen des Verwaltungszentrums Werd, das Finanzdepartement in den unteren. Im Erdgeschoss kommen aber bisweilen jene, die mit beiden Abteilungen zu tun haben, zusammen: Männer, die sich schwertun mit dem Ausfüllen der Steuererklärung, und Frauen in finanzieller Notlage. Sie erhalten an den hiesigen Schaltern Rat und wenn nötig Unterstützung. Der wochentags für alle zugängliche Kundendienst ist überwacht und gesichert. Das sei früher nicht so gewesen, «da klopfen die Leute an und traten dann einfach ein», erklärt der Direktor

des Steueramtes, Bruno Fässler, auf einem Rundgang, «bis es vermehrt zu Vorfällen mit Leuten kam, die übergriffig und ausfällig wurden». Der Rechtsanwalt arbeitet seit dreissig Jahren im Steueramt der Stadt Zürich. Seit 2012 ist er Direktor der Dienstabteilung und steht rund 250 Mitarbeitenden vor, die die Hunderttausenden von jährlichen Steuererklärungen bearbeiten. Die meisten von ihnen machen das an zwei bis drei Tagen von zu Hause aus – kein Problem, wo längst alles digital hereinkommt oder im eigenen Scan-Zentrum eingeleitet, registriert und indexiert wird. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erhalten automatisiert Dossierzuweisungen – und fangen dann mit der Arbeit an. Sie haben Produktivitätsvorgaben: Im Jahr schätzt jede und jeder rund 2500 Dossiers ein. Ausserdem müssen auch das Steuerregister geführt und die Steuern bezogen werden. Im Homeoffice sei die Produktivität so



gar noch gestiegen, sagt Bruno Fässler, das Steueramt habe schon vor dem pandemiebedingten Lockdown alle Arbeit nach Hause verlagern können.

### **Es geht um dreieinhalb Milliarden Franken Steuereinnahmen**

Auch an diesem Tag arbeiten viele der Sachbearbeitenden von zu Hause aus. Es ist ruhig in den Fluren und Büros im Hochhaus. Unvorstellbar, dass es hier um rund dreieinhalb Milliarden Franken Steuereinnahmen im Jahr geht, das sind etwa 10 Millionen Franken am Tag. Tatsächlich erwirtschaftet die Stadt Zürich mehr als ein Zehntel des BIP der ganzen Schweiz. Gut hundert Länder der Erde haben ein tieferes Bruttoinlandprodukt.

Irgendwo hier muss Geld doch auch hörbar sein. Bruno Fässler greift in den Hosensack, aber Münz klimpert keines. Stattdessen zieht er – nicht zum ersten Mal – Schlüssel und Badge hervor. Jede der vielen Türen zwischen Stockwerken und Büros scheint gesichert. Und plötzlich tönt es beim Öffnen einer dieser Türen nach einer anderen Welt – keine Kassengeräusche, stattdessen: Maschinendröhnen. Der Chef und sein Besuch sind in der amtsinternen Druckerei angekommen. Und hier herrscht Hochbetrieb. Denn es ist Januar – und bis Ende Monat müssen alle rund 260 000 Steuererklärungen in den Haushalten angekommen sein. Metergrosse Rollen mit Papier sind eingespannt und rotieren in hohem Tempo. Eine Maschine druckt die individuellen Daten obendrauf, eine andere falzt, fügt die Beilagen hinzu und verpackt das Ganze in ein Couvert. «Drei pro Sekunde zieht sie rein», ruft der Chef des Steueramtes gegen den Maschinenlärm an und ergänzt: «Nicht in jedem Steuercouvert braucht es dieselben Beilagen.» Angestellte überwachen konzentriert die Maschinen und was sie drucken. Am Ende des automatisierten Prozesses liegen stapelweise Couverts in Boxen – Post, parat für den Versand. Post, die kaum jemand gern aus dem Briefkasten zieht.

Obwohl den allermeisten klar ist, dass die Steuern finanzieren, was allen lieb und teuer und ohnehin unentbehrlich ist (Spitäler, Schulen, Strassen, Sport, Kultur, Information, Wissen, Forschung und so weiter): Wer versucht beim Ausfüllen der Steuererklärung nicht, möglichst viele Abzüge zu machen? Das Ziel, möglichst wenig Steuern zu bezahlen, findet Bruno Fässler legitim. Es gehe dabei ja ums Sparen, «und dieses Ziel haben Sie auch, wenn Sie Ihre Lebensmittel einkaufen gehen». Wenn, dann müsse man über die Gesetze sprechen. Dass Erbschaften hierzulande praktisch nicht versteuert werden müssen, hat der Jurist schon wiederholt kritisiert. Aber sich zur Steuerpolitik zu äussern, sei eigentlich nicht seine Aufgabe. Er habe hier mit seinem Team den Job, Hunderttausende von Steuererklärungen durchzuschleusen und praktisch ebenso viele Rechnungen zu schreiben, das Gesetz zu vollziehen.

Dennoch: Die dreissig Jahre im Steueramt haben ihn durchaus verändert, räumt der nüchterne Ausdauerstportler, der in jungen Jahren in der Triathlon-Nationalmannschaft war, ein: «Man sieht als Steuerverant-

wortlicher, wie eine Rentnerin nur in Raten zahlen kann, weil sie kaum über die Runden kommt – und am selben Tag liest man in einem Dossier: «Samichlausgeschenk: 2,5 Millionen». Beide Menschen seien zur gleichen Zeit in denselben Strassen unterwegs – und beide hätten ein Anrecht auf ein würdiges Leben. Fässler sagt: «Vom Staat her haben alle genau die gleichen Rechte und Pflichten. Es gibt aber Fälle, wo wir über Jahre hinweg Prozesse führen müssen gegen Leute, die ihre Steuern nicht zahlen wollen – teilweise sehr reiche Leute. Ein Prozess erstreckte sich über 17 Jahre. Wir haben das durchgezogen und über drei Millionen an Steuerfranken und alle Prozesskosten erhalten.»

### **Zwanzig Jahre lang jeden Samstag eine Million im Lotto gewinnen**

In seinem Büro hat es einen Arbeitstisch und einen für Besprechungen. Über diesem ist ein Bildschirm an der Wand befestigt. Darauf projiziert Bruno Fässler ein paar Zahlen. Aber zuvor stellt er jene Schätzfrage, die er schon am Telefon gestellt hatte: «Wie hoch war der Grenzsteuersatz in den USA von 1935 bis 1962?» Als keine schlaue Antwort kommt, wendet er sich seiner Präsentation zu. Darauf ein paar grob gerundete Kennzahlen zur Schweiz, um die Dimensionen des Geldes aufzuzeigen, ganz trocken erst mal:

Gesamtes steuerbares Reinvermögen 2100 Mrd.  
Pensionskassenguthaben 1100 Mrd.  
3a-Guthaben 130 Mrd.

AHV-Auszahlungen pro Jahr 46 Mrd.  
Dividenden-Ausschüttungen pro Jahr 100 Mrd.  
Erbschaften pro Jahr 100 Mrd.  
Davon gehen 60% an Personen über 60 Jahre

Und weiter:

Steuereinnahmen Bund 80 Mrd.  
Steuereinnahmen Kantone 50 Mrd.  
Steuereinnahmen Gemeinden 30 Mrd.  
AHV-Beiträge (Einnahmen) 35 Mrd.

Zur Vermögensverteilung in der Schweiz liest man: «Der Anteil des obersten Prozents am Gesamtvermögen ist seit 2005 von 38 Prozent auf 44 Prozent gestiegen.» Die durchschnittliche jährliche Rendite von Schweizer Aktien betrug in den letzten 45 Jahren 10 Prozent. Und noch ein paar nüchterne Zahlen (bevor es lustig wird) – hier geht es um die Wirkung von Zinsen auf Milliardenvermögen. Fässler hat ausgerechnet: X erbt im Alter von 60 Jahren Vermögenswerte von 6 Milliarden und legt alles in Aktien an. Dadurch erzielt er eine durchschnittliche Nettorendite (nach Steuern von 50 Prozent) von 4 Prozent pro Jahr. Verprasst X davon jährlich 40 Millionen, so beträgt sein Vermögen nach zehn Jahren 8,4 Milliarden (trotz den 400 Millionen, die er verjubelt hat). Und nach 25 Jahren: 14,3 Milliarden (trotz der Milliarde, die er verjubelt hat in dieser Zeit).

»»

# Gegensätze

»» Die reichste Familie der Schweiz waren 2022 mit 55 Milliarden die Kamprads (Ikea). Die Familie Blocher auf Rang 10 besitzt 15 Milliarden. Bruno Fässler hat ausgerechnet (jetzt wirds lustig): Eine Milliarde bedeutet ungefähr zwanzig Jahre lang jeden Samstag im Lotto eine Million gewinnen. Demnach hätte die Familie Blocher seit 1291 jede Woche rund 400 000 Franken im Lotto gewonnen. Und die Familie Kamprad seit Christi Geburt jede Woche 500 000 Franken.

Zum Vergleich (weniger lustig): Die durchschnittliche AHV-Rente beträgt – auch für Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben – rund 1900 Franken pro Monat, die durchschnittliche BVG-Rente für eine Frau etwa 1600 Franken und für einen Mann etwa 3000 Franken.

## Grosse Geldvermögen sind wie Staubsauger

Am Ende seiner Präsentation beantwortet Bruno Fässler die Frage des Grenzsteuersatzes in den USA: Ab dem Zweiten Weltkrieg bis 1962 war er bei über 80 Prozent, zeitweise fast 90 Prozent. So hoch mussten die reichsten US-Amerikanerinnen und Amerikaner ihren Vermögenszuwachs ab der Schwelle, bei der die Progression aufhört, versteuern. Er vergleicht grosse Geldvermögen mit Staubsaugern – mit dem feinen Unterschied, dass diese eben Geld und nicht Staub ansaugen. Er nennt es auch die «Sogwirkung des Kapitals». Und man ahnt es bereits: Ein solches Vermögen kann gar nicht anders, als stetig weiterzuwachsen. Deshalb würden die Reichsten der Reichen sogar dann reicher, wenn sie von ihrem Vermögenszuwachs 90 Prozent der Allgemeinheit abgeben müssten.

Nach einer Psychologie von Steuerverweigernden (vgl. S. 5) gefragt, überlegt Fässler. Und sagt schliesslich: «Von denen, die ich kennengelernt habe: die Geizigen. Und dann gibt es eben jene, die meinen, der Staat gehe sie nichts an.» Darunter hat es wenige, aber unglaublich Mühsame, die der Ansicht sind, für sie gälten exklusive Regeln und Gesetze, nur weil sie reich oder besonders schlau seien. Sie alle verstehen nicht, dass auch sie Teil eines Ganzen sind, eines Sozialverbandes, dass sie vom sozialen Frieden und von der Macht des Staates profitieren. Und dass es dafür Mittel braucht – und das Steueramt diese einholt.

Ob Arm oder Reich, die Steuern ignorieren geht nicht, sagt Bruno Fässler: «Es gibt Leute, die die Steuererklärung nicht ausfüllen. Sie werden dann eingeschätzt. Ich rate allen: Stecken Sie den Kopf nicht in den Sand! Holen Sie sich Hilfe bei Freunden, Verwandten oder einer Schuldenberatung, zum Beispiel bei der Caritas. Oder melden Sie sich beim Steueramt, wenn Sie nicht mehr weiterwissen.» Es ist ihm ein grosses Anliegen, dass die Leute verstehen: «Das Steueramt vergisst Sie nicht!» •

In der reichen Schweiz öffnet sich die Schere seit 2014 immer mehr: Eine zunehmende Zahl Reicher steht immer mehr Menschen gegenüber, die arm sind, obwohl sie arbeiten: 8,7 Prozent beziehungsweise rund 745 000 waren es 2021 schweizweit. In der Stadt Zürich haben 2022 beinahe 18 000 Personen Sozialhilfegelder zur Existenzsicherung erhalten. Working Poor und wenig Verdienende ziehen aber auch zunehmend aus der Stadt weg, insbesondere wenn ihnen die bezahlbare Wohnung gekündigt wird. Die Personen, die danach in diese frei gewordenen Wohnungen ziehen, verdienen im Durchschnitt 3623 Franken mehr als die vorherigen Mieterinnen und Mieter – das haben Forschende der ETH Zürich herausgefunden.

Dass gleichzeitig die Zahl der (Super-)Reichen zunimmt, zeigen Zahlen zu den steuerbaren Einkommen, die moneta bei den statistischen Ämtern von Stadt und Kanton Zürich eingeholt hat. So waren es im Jahr 2000 3,8 Prozent Einzelpersonen, die über ein (Multi-)Millionenvermögen verfügten und bei den Verheirateten 8,6 Prozent. Zwanzig Jahre später – 2020 – lebten bereits 5,4 Prozent als Einzelpersonen erfasste (Multi-)Millionäre in der Stadt (beinahe 11 000 Personen) und 15,3 Prozent der Verheirateten gaben ein (Multi-)Millionenvermögen an. Diese Zahlen korrelieren in etwa mit denen im Kanton. (eb)



## Der Preis der Zivilisation – eine kleine Geschichte der Steuern

Von Stefan Boss

*Ursprünglich dienten Steuern vor allem dem Machterhalt eines Staates. Seit dem 20. Jahrhundert ist der Kampf gegen Krisen und soziale Not in den Vordergrund gerückt. Wie ist das moderne Steuersystem in der Schweiz entstanden? Welche Ereignisse waren prägend? Und wo geht die Reise hin?*

Jetzt lesen:  
[moneta.ch/steuern-geschichte](https://moneta.ch/steuern-geschichte)





# Der Traum vom Minimalstaat

**Libertäre sehen den Staat als notwendiges Übel. Sie möchten ihn auf ein Minimum reduzieren. Steuern bräuchte es dafür wenig bis keine.**

Text: Roland Fischer

«There is no such thing as a good tax.» Soll Winston Churchill mal gesagt haben. Es ist ein Lieblingslogan der libertären Bewegung, aber wie so viele berühmte Zitate ist auch dieses wohl aus der Luft gegriffen. Wobei – ein grosser Freund von Steuern war Churchill nicht. Verbürgt ist zum Beispiel Folgendes: «Steuern sind ein Übel – ein notwendiges Übel, aber immer noch ein Übel, und je weniger davon wir haben, desto besser.»

## **Bürgerinnen und Bürger schützen - mehr nicht**

Aber wie soll ein Staat denn sonst zu Geld kommen, wenn nicht via Steuern? Da haben Libertäre tatsächlich so ihre eigenen Ansichten – wobei sich zuerst die viel radikalere Frage stellt, ob sie überhaupt mit der Idee eines «Staates» leben können. Man kann da ganz gut einfach Churchill paraphrasieren: «Der Staat ist ein Übel – ein notwendiges Übel», und so weiter. Die (politisch bedeutungslose) Libertäre Partei der Schweiz sieht dementsprechend «die einzig legitime Aufgabe des Staates [darin], die Freiheitsrechte der Bürger zu garantieren». Man nennt es in libertären Kreisen auch gern «Minimalstaat». Und dessen einzige Aufgabe bestünde im Schutz von Leib und Leben beziehungsweise Eigentum der Bürgerinnen und Bürger.

Einen solchen Minimalstaat hat auch Javier Milei mit Argentinien im Sinn. Wobei sich nun zeigt, dass sich

die Abschaffung des Staates nicht in einem bürokratischen Handstreich vollstrecken lässt. Die Verwaltungsgerichte legen sich quer, die Menschen demonstrieren in Massen, und die Reduktion von achtzehn auf neun Ministerien ist fürs Erste auf Eis gelegt. Am diesjährigen WEF ist Milei dennoch sehr warm empfangen worden.

## **Panarchie: nicht-territoriale Regierungen im Wettbewerb**

Noch weiter gedacht, fügt sich der Staat gleich komplett in eine Marktlogik ein. Dann wäre er nicht gesellschaftliche Notwendigkeit, sondern bloss ein Anbieter von Dienstleistungen, bestenfalls gleich noch einer von mehreren. Manche nennen das «Panarchie», und spätestens an dem Punkt merkt man, dass hier Kategorien von links und rechts gehörig durcheinandergeraten. Wie jeder Vertrag wäre auch der mit einer Regierung geschlossene Sozialvertrag in der Panarchie «weder hypothetisch noch illusorisch, sondern im Gegenteil konkret, freiwillig und widerrufbar». So formuliert es Gian Piero de Bellis, ein Alt-Anarchist aus Saint-Imier, der auch das letztjährige Treffen zum 150-Jahr-Jubiläum der Antiautoritären Internationalen mitorganisiert hat.

Umgekehrt klingt es im libertären Spektrum, das eher dem rechten politischen Spektrum zugeordnet wird, mitunter antiautoritär. Steuern denkt man sich da gern als aufgezwungenes Machtmittel des Staates, eine Abmachung, die der Bürger nicht unterzeichnet hat. Was wiederum fatal an die «Reichsbürger» erinnert, die in ihrer Staatsablehnung aber eher ins Esoterische und Verschwörungstheoretische abdriften. Libertäre sehen das pragmatischer, sie sind durchaus bereit, für die genossenen Dienstleistungen entsprechend zu bezahlen. «Keine Steuern» muss insofern nicht zwingend heissen, dass weniger Kosten zu Buche schlagen für die Dinge, um die sich normalerweise ein Staat kümmert.

## **Den Staat «disruptieren»**

Es erstaunt nicht, dass diese leistungsorientierten Marktideen viele Anhänger in Tech-Kreisen haben. Gerade das Silicon Valley wartet immer wieder mit wilden Ideen auf, wie man den Staat «disruptieren» könnte. Das Lieblingstool der technischen Befreiungspostel: Kryptowährungen – Geld, von staatlicher Kontrolle befreit.

Sind das alles womöglich einfach elabourierte Steuerhinterziehungsvehikel? Eine der FAQs auf der Website des Seasteading Institute, das schwimmende Länder in internationalen Gewässern realisieren möchte, bringt es auf den Punkt: «Seid ihr bloss ein Haufen Libertärer, die keine Steuern zahlen wollen?» Die Antwort? Klassisch technikzentriert: Seasteading sei kein Gesellschaftsplan, sondern eine Technologie, mit der jeder seine eigenen Gesellschaftspläne ausprobieren könne. «Metapolitical» sei die Vision. Ehrlicher wäre, sie würden es gleich «apolitisch» nennen. •

# «Die heutige Ungerechtigkeit wurzelt im Kolonialismus»

**Wegen des Steuerwettbewerbs fehlt vielen Staaten Geld – etwa für Gesundheit, Bildung und die ökologische Transformation. Es fehlen auch die Gesetze, um das schädliche System zu stoppen. Leidtragende sind vor allem Länder des globalen Südens. Jetzt will die Uno eine Steuerpolitik vorantreiben, die sie selber ausgestaltet. Dominik Gross, Steuer- und Finanzpolitikexperte bei Alliance Sud, erklärt, was die Uno besser kann als die OECD.**

Interview: Esther Banz

**moneta: Dominik Gross, die Entwicklungsorganisationen, deren Finanzpolitik Sie vertreten, sagen schon lange, es brauche eine andere globale Steuerpolitik. Warum ist ihnen das so wichtig?**

Dominik Gross Die Wirtschaft ist globalisiert. Die grossen Firmen produzieren zum Beispiel in Bangladesch Kleider zu sehr tiefen Löhnen. Die Baumwolle dafür stammt vielleicht aus Burkina Faso. Verkauft werden die Kleider hier. So wie die internationalen Steuerregeln heute ausgestaltet sind, herrscht aber zwischen den Ländern ein extrem unfairer Kampf um die Steuereinnahmen.

**Wie muss man sich diesen Kampf vorstellen?**

Die Konzerne haben ihren Hauptsitz in der Regel in den Ländern des Nordens. Diese versuchen mit komplexen Besteuerungsregeln, dass der Grossteil der Konzerngewinne bei ihnen verbucht wird, obwohl diese woanders erarbeitet werden. So versteuern die Konzerne nicht dort, wo effektiv die Wertschöpfung stattfindet, sondern dort, wo sie auf ihren Gewinnen am wenigsten Steuern bezahlen.

**Ist diese Steuerpolitik gar einer der Hauptgründe, warum einst kolonialisierte Länder arm bleiben?**

Die Steuerpolitik spielt bei der Wohlstandsverteilung eine wichtige Rolle, und tatsächlich wurzelt die heutige Ungerechtigkeit im Kolonialismus. Das koloniale Geschäftsmodell, Rohstoffe und Arbeitskräfte anderer Länder auszubeuhen, um wirtschaftliches Wachstum in den kapitalistischen

Gesellschaften des Nordens zu fördern, ist bis heute nicht überwunden. Gerade in der Schweiz leben wir stark auf Kosten anderer Länder: 40 Prozent unserer Konzernsteuereinnahmen stammen aus Gewinnen, die woanders erarbeitet wurden.

**Und eine international besser geregelte Steuerpolitik würde dieses ungerechte System nun endlich beenden – ist das die Vision?**

Ja. Es geht letztlich um eine gerechtere globale Verteilung des Wohlstands. Aber nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb von diesen: Es gibt auch in Volkswirtschaften mit einem tiefen Bruttoinlandprodukt sehr reiche Leute. Diesen muss man die Möglichkeit nehmen, ihr Geld in Offshore-Strukturen zu verstecken. Dadurch verlieren Länder viel Steuersubstrat.

**War das schon immer so einfach?**

Na ja, bis in die 1970er-Jahre musste man in vielen Ländern eine Steuer oder quasi einen Zoll zahlen, wenn man Kapital importierte oder exportierte: Viele Transaktionen mussten bewilligt werden. Es war also viel teurer, Kapital legal ausser Landes zu schaffen.

**Was ist aus diesen Geldzöllen geworden?**

Sie wurden ab den 1970ern praktisch überall abgeschafft. Das hatte auch viel mit einer extremen Liberalisierung in der Währungspolitik in dieser Zeit zu tun. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und auch die OECD (die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) haben mittels Reformen diese investorenfreundliche Wirtschaftspolitik durchgesetzt. Weil die Länder im Süden kaum eigenes Kapital haben und ihre Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen gross ist, müssen sie sich teilweise für sie schlechte Regeln aufzwingen lassen. Der IWF und die OECD waren übrigens ab den 1960ern als Konkurrenz zur Uno um- beziehungsweise aufgebaut worden. 1995 kam dann noch die Welthandelsorganisation (WTO) dazu.

**Warum wollte man damals eine Konkurrenz zur Uno?**

Nachdem die dekolonisierten Länder, also die unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien, in den 1960ern in der Uno an Macht gewonnen hatten, konnte man ihre Interessen nicht mehr so einfach ignorieren. Das war den Ländern im Norden natürlich nicht genehm. Darum haben sie damals die noch junge Uno als Ganzes bewusst geschwächt, indem sie die globale Wirtschaftspolitik Organisationen überliess, in denen der globale Süden weniger Macht hatte.

Foto: alliancesud



Dominik Gross ist bei Alliance Sud, dem Kompetenzzentrum für Entwicklungspolitik der Schweizer Hilfswerke, Experte für Steuer- und Finanzpolitik. Der Historiker engagiert sich in Bundesbern und in weltweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerken für eine gerechte Weltwirt-

schaft. Das Steuerdumping multinationaler Konzerne, von dem die Schweiz stark profitiert, das aber auf Kosten vor allem vieler Länder des Südens geht, ist eines seiner Schwerpunktthemen. Der ehemalige Journalist (u.a. WOZ, «Das Magazin») lebt mit seiner Familie in Zürich.



**Die Uno hat demnach eine historische Berechtigung, sich wieder stärker in die Wirtschaftspolitik einzumischen ...**

Unbedingt! Es ist nichts als legitim, die Uno wirtschaftspolitisch wieder zu stärken, indem man versucht, sie zur wichtigsten multilateralen Plattform für die globale Steuerpolitik zu machen.

**Aktuell sieht es danach aus, dass das gelingen könnte: Ende 2023 hat eine grosse Mehrheit der Staaten einer Uno-Rahmenkonvention für Steuern zugestimmt. Sie schrieben daraufhin, das sei historisch – warum?**

Weil damit erstmals ein wirklich globales Forum geschaffen wird, das rechtlich bindende Entscheidungen treffen kann. Bisher hat die OECD diese Rolle für sich beansprucht. So dominieren aber deren nur 38 Mitglieder, unter ihnen vor allem die alten Industrieländer des Nordens. Bei der Uno können künftig alle Länder gleichberechtigt die Regeln in der internationalen Steuerpolitik aushandeln und bestimmen.

**Ist das vergleichbar mit der Klimakonvention?**

Ja. Eine Konvention wie die Klimakonvention braucht es, damit die Uno überhaupt eine Plattform für verbindliche Abmachungen schaffen kann. In diesem Jahr geht es nun um die Inhalte der Konvention. Und darum, wie die Verhandlungen stattfinden sollen, auch in welchem Zeithorizont.

**Wer setzte sich dafür ein und wer war dagegen?**

Die wirtschaftlich starken OECD-Staaten sind mit Ausnahme ihrer lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten plus ein paar weiterer entschieden gegen eine Uno-Lösung. Der Ukraine- und der Nahostkrieg haben einen neuen Wettstreit zwischen China, Russland und dem Westen ausgelöst. Es geht dabei auch um die Frage, wer den globalen Süden auf seiner Seite hat. Gleichzeitig nimmt respektive nahm der Westen die Interessen der Länder des Südens bei der Bekämpfung der Klimakrise oder der Pandemie kaum ernst. All das lässt die Länder des Südens bei der Uno geeint auftreten und ermöglichte erst ihren Abstimmungserfolg bei der Uno-Steuerkonvention.

**In der Schweiz denken aktuell wohl die allermeisten, das globale Steuerproblem sei gelöst: Letztes Jahr hat eine satte Mehrheit der Stimmberechtigten der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent zugestimmt ...**

78 Prozent waren es!

**Bürgerliche fanden, 15 Prozent Mindeststeuer seien eine gute Sache. Die SP war dagegen. «Verkehrte Welt!», fanden viele. Ohne noch mal ins Detail zu gehen: Warum verbessert sich die Situation der Länder des globalen Südens durch Einführung der OECD-Steuer nicht?**

Weil das allermeiste des zusätzlichen Steuergeldes ausgerechnet von jenen Ländern eingesteckt werden kann, die mit ihrer Steuerdumpingpolitik anderen Ländern Steuersubstrat wegnehmen. Dazu gehört natürlich auch die Schweiz. Und hier könnten die zusätzlichen Einnahmen sogar über verschlungene Wege wieder an die Konzerne rückvergütet werden.

**Wie das?**

Beispielsweise indem bei Topmanagern der Grenzsteuersatz gesenkt wird (siehe dazu auch «Samichlausgeschenk: 2,5 Millionen» auf Seite 4) oder man den Konzernen Steuervorauszahlungen rückvergütet, die diese effektiv gar nie geleistet haben. Das ist auch deshalb sehr stossend, weil grosse Probleme auf uns zukommen. Es bräuchte jetzt Geld für Investitionen: für die Ökologisierung zum Beispiel. Kommt dazu, dass es politisch überall auf der Welt Rechtsrutsche gibt, dass vielerorts Faschismus droht. Die Leute bräuchten jetzt Perspektiven! Man müsste in Bildung investieren!

**Alle Hoffnung liegt nun auf der Uno-Steuerkonvention und was daraus wird.**

**Was erwarten Sie?**

Dass wir in ein paar Jahren konkrete neue Steuerregeln haben, idealerweise basierend auf einem einfachen Modell, das wir Gesamtkonzernbesteuerung nennen: Gewinne einzelner nationaler Firmen ein und desselben multinationalen Konzerns werden nicht mehr in jedem Land separat versteuert, sondern es werden alle Gewinne weltweit zusammengerechnet und gemäss verschiedenen Faktoren (Arbeit, Umsatz, Anzahl Fabriken usw.) auf die einzelnen Länder verteilt. So können die Konzerne ihre Gewinne nicht mehr dorthin verschieben, wo die Steuersätze am tiefsten sind, sondern müssen dort versteuern, wo effektiv gearbeitet und konsumiert wird. Der Norden wird versuchen, beim OECD-System zu bleiben, der Süden wird natürlich zur Uno gehen. Die Frage wird dann sein, welches System sich durchsetzt. •



# Steuersystem Schweiz?!

Texte: Simon Rindlisbacher

## Abgaben ohne direkte Gegenleistung

Unter Steuern versteht man Abgaben von juristischen und natürlichen Personen an den Staat. Sie decken die Kosten, die durch das Gemeinwesen entstehen. Dabei besteht kein Anspruch auf eine direkte Gegenleistung. Der grösste Teil der Steuereinnahmen des Bundes fliesst in den Bereich «Soziale Sicherheit», der unter anderem die Ausgaben für die AHV oder für die Prämienverbilligung der Krankenkassen beinhaltet. Viele Kantone geben den grössten Teil der Einnahmen im Bildungsbereich aus.

### Steuereinnahmen

von Bund, Kantonen und Gemeinden 2021

- Einkommenssteuern natürliche Personen 59,4 Milliarden
- Mehrwertsteuer 23,6 Milliarden
- Gewinnsteuern juristische Personen 22,9 Milliarden
- Vermögenssteuern natürliche Personen 8,7 Milliarden
- Übrige Steuern 39,6 Milliarden



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) – Finanzstatistik

## Steuerhoheit auf drei Ebenen

In der Schweiz erheben der Bund, die Kantone und die Gemeinden Steuern. Welche Steuer Bund und Kantone erheben dürfen, ist in der Verfassung geregelt. Die Kantone wiederum bestimmen, welche Steuern die Gemeinden erheben dürfen.

Anzahl unterschiedliche Steuern auf allen drei Staatsebenen zusammen

# 30 plus

In der Schweiz gibt es über 30 verschiedene Steuern und Abgaben. Einige, wie die Einkommenssteuer, werden auf allen drei Staatsebenen erhoben, andere, wie die Hundesteuer, auf zwei Ebenen oder, wie die Kurtaxe, nur auf einer.

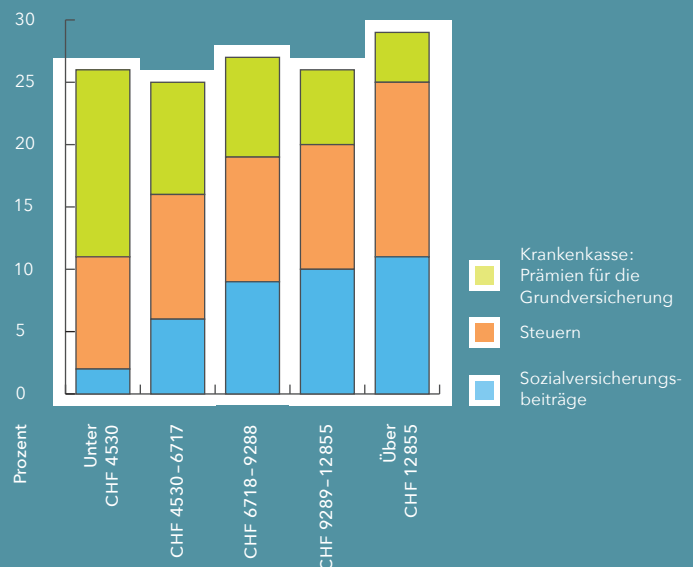
## Steuern im engeren und im weiteren Sinn

Fragt man bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung nach, ist neben den Zöllen alles eine Steuer, das den Begriff «Steuer» oder «Abgabe» im Namen trägt: Einkommenssteuer, Gewinnsteuer, Wehrpflichtersatzabgabe, Mehrwertsteuer oder Spielbankenabgabe beispielsweise. Etwas weiter gefasst, lassen sich auch Transferausgaben wie die Krankenkassenprämien oder die AHV-Abgaben dazuzählen. Auch diese Abgaben müssen wir von Gesetzes wegen zahlen, ohne eine direkte Gegenleistung zu erhalten.

## Wer zahlt wie viel?

Steuern können unterschiedlich berechnet werden. Linear sind Steuern mit einem festen Prozentsatz wie beispielsweise die Gewinn- und Kapitalsteuern für Unternehmen in den meisten Kantonen. Progressive Steuern berücksichtigen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Wer mehr verdient oder besitzt, zahlt auch einen grösseren Prozentsatz davon als Steuer. Das ist beispielsweise bei der Einkommenssteuer der Fall. Degressive Steuern hingegen belasten tiefe Einkommen und Vermögen verhältnismässig mehr als hohe. Zählt man die Krankenkassenprämie zu den Steuern, ist sie eine degressive: Egal, wie viel jemand verdient, die Prämie bleibt gleich hoch. Bei Familien wirken die Krankenkassenprämien dank den Prämienverbilligungen etwas weniger degressiv.

Gesetzliche Abgaben im Verhältnis zum Einkommen abhängig von der Einkommensklasse für die Zeit von 2015 bis 2017



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

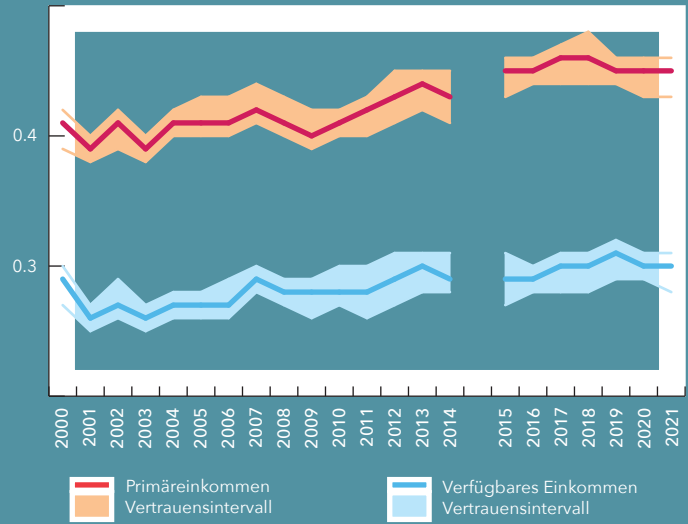
## Ungleichheit reduzieren ...

Nebst der Finanzierung des Gemeinwesens sollen Steuern zwei Dinge bewirken: zum Ausgleich der Einkommensungleichheit beitragen und lenken. Einkommen werden in der Schweiz progressiv besteuert, wodurch die Einkommensungleichheit tatsächlich verringert wird. Im Vergleich zu anderen Ländern allerdings weniger stark, wofür der Steuerwettbewerb verantwortlich gemacht wird; Gutverdienende können sich den Wohnort mit dem niedrigsten Steuersatz aussuchen. Dank Transferausgaben beziehungsweise -einkommen wie der AHV schneidet die Schweiz bei der Umverteilung von Einkommen durch staatliche Mechanismen trotzdem vergleichsweise gut ab. Deutlich grösser als die Einkommensungleichheit ist in der Schweiz übrigens die Vermögensungleichheit. Diese ist auch im europäischen Vergleich hoch.

Die Grafik zeigt die Verteilung der Einkommen in der Schweiz und macht die Wirkung der staatlichen Umverteilungsmechanismen beim Einkommen deutlich: Das Primäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) ist deutlich ungleicher verteilt als das effektiv verfügbare Einkommen (Ein-

kommen nach Berücksichtigung staatlicher Transfereinkommen und -ausgaben).  
\* Der Gini-Koeffizient kann einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen, 0 bedeutet, dass das Einkommen gleichmässig auf alle verteilt ist, 1, dass eine Person alles erhält.

Entwicklung der Einkommensungleichheit anhand des Gini-Koeffizienten\*



Anmerkung: Die Ergebnisse ab 2015 wurden mit dem revidierten Gewichtungsmodell neu berechnet. Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

## ... und lenken

Eine lenkende Wirkung haben Steuern, wenn sie auf bestimmten Gütern wie Heizöl oder Alkohol erhoben werden. Dadurch werden diese verteuert und die Nachfrage sinkt. Die Einnahmen aus Lenkungsabgaben fliessen nicht in die allgemeine Staatskasse, sondern werden zweckgebunden re-investiert oder der Bevölkerung zurückerstattet (z.B. via Krankenkasse).

## Spezialität Vermögenssteuer

Die Kantone und Gemeinden – nicht aber der Bund – erheben von natürlichen Personen zusätzlich zur Einkommenssteuer eine Vermögenssteuer. Viele andere Staaten, darunter Deutschland, Österreich, Italien und zuletzt auch Frankreich, haben die Vermögenssteuer abgeschafft. In der Schweiz machte sie 2021 allerdings insgesamt nur 4 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Staates aus.

## Steuerparadies?

Die Schweiz gilt weithin als Steuerparadies. Dieser Schluss liegt nahe, wenn man die Fiskalquote (Gewicht der Steuereinnahmen und der Sozialversicherungsbeiträge, gemessen am Bruttoinlandprodukt) der Schweiz mit anderen Ländern vergleicht. Berücksichtigt man auch die Beiträge an nichtstaatliche Sozialversicherungen sowie Gebühren für Amtshandlungen oder Spitaltaxen, ist die Steuerbelastung für Gutverdienende in der Schweiz höher als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Anders sieht es bei Unternehmen aus: Hier gehört der durchschnittliche Steuersatz zu den niedrigsten der Welt.

Steuerbelastung von Gutverdienenden gemessen am Bruttoinlandprodukt



## Begünstigte Kapitaleinkommen

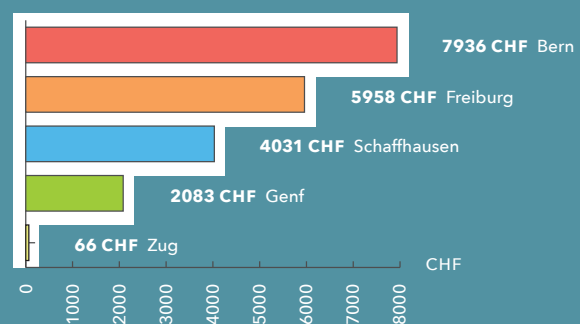
Kapitaleinkommen von Privatpersonen werden hierzulande vergleichsweise tief besteuert. Dividenden müssen zwar als Einkommen versteuert werden, aber nur, wenn man nicht mehr als 10 Prozent am Unternehmen hält. Gewinne aus dem Verkauf von beweglichem Privatvermögen (z. B. Aktien oder Autos) sind steuerfrei – in den meisten OECD-Staaten ist dies anders. Auf nationaler Ebene gibt es keine Erbschaftssteuer. Die Kantone wiederum haben die Erbschaftssteuern in den vergangenen Jahrzehnten stark reduziert. Meist muss man keine Steuern zahlen, wenn man innerhalb der engeren Familie (z. B. von den Eltern) erbt.

## 26 Steuergesetze

Die Steuerbelastung in der Schweiz unterscheidet sich von Kanton zu Kanton erheblich. Jeder Kanton hat sein eigenes Steuergesetz. Einkommen, Vermögen, Erbschaften, Kapital- und Grundstückgewinne sowie andere Steuerobjekte werden unterschiedlich besteuert.

### Steuerbelastung je nach Wohnort

eines Paares mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 100 000 Franken



Quelle: Eidgenössische Steuerverwaltung



# Mit Steuern das Klima retten ist schwer

**Über Steuern kann der Staat umweltfreundliches Verhalten fördern. Dafür bietet ihm das Steuersystem mehrere Hebel. Theoretisch. Denn bislang sind in der Schweiz alle Vorstösse für eine ökologische Steuerreform gescheitert. Warum?** Text: Katharina Wehrli

Steuern sind wichtig für die ökologische Transformation, denn sie haben eine lenkende Wirkung. Über steuerliche Anreize fördert oder bremst ein Staat umweltfreundliches wie umweltschädigendes Verhalten. So ist etwa Kerosin im internationalen Luftverkehr von der Mineralölsteuer befreit, was das klimaschädliche Fliegen steuerlich begünstigt – einer von vielen Fehlankreizen im aktuellen Steuersystem. Wie aber müsste dieses gestaltet sein, damit umweltfreundliches Verhalten sich lohnt – nicht nur fürs gute Gewissen, sondern auch fürs Portemonnaie?

«Umweltverbrauch muss deutlich mehr kosten», sagt die Ökonomin Irmi Seidl, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Seidl arbeitet zur Frage, wie eine Ökonomie gestaltet werden kann, damit sie den Menschen dient und die natürlichen Grundlagen erhält. «Alle Ökonominnen und Ökonomen sind sich einig, dass externe Kosten zu internalisieren sind», sagt sie. «Das bedeutet, dass schädliche Folgen einer Ware, Dienstleistung oder Aktivität nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt, sondern von den Verursachenden bezahlt werden. Dies könnte man übers Steuersystem regeln», so die Ökonomin weiter.

## **Steuersystem begünstigt umweltschädliches Wachstum**

Die Pionierarbeit für eine umweltfreundliche Umgestaltung von Steuersystemen leistete der 2018 verstorbene Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger: Bereits in den frühen 1980er-Jahren entwickelte er die Idee einer ökologischen Steuerreform. Diese bestehe im Grundsatz darin, wie Seidl erklärt, «die Nutzung von Umweltressourcen steuerlich stärker zu belasten und Arbeit zu entlasten. Ergänzend dazu wären auch höhere Kapital- und Erbschaftssteuern sinnvoll.» Heute besteuert die Schweiz wie die meisten anderen Staaten vor allem Arbeit, Kapitaleinkommen und Konsum. Die Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern machen weniger als 5 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus, während diejenigen aus der Besteuerung von Arbeitseinkommen 11,6-mal grösser sind (Stand 2021).

Dass Arbeit heute durch Einkommenssteuern und Sozialabgaben stark belastet ist, hat verschiedene Nachteile. Aus ökologischer Sicht ist relevant, dass Unternehmen die teure menschliche Arbeit möglichst ersetzen wollen, etwa durch Automatisierung und Digitalisierung – was das umweltschädliche Wirtschaftswachstum vorantreibt. Denn: Werden Menschen von

Maschinen ersetzt, braucht es Wachstum, um neue Arbeitsplätze für die neu Erwerbslosen zu schaffen. Dazu lockt man etwa neue Firmen an, zont Land ein, baut Strassen, Häuser und weitere Infrastruktur. Aber nicht nur die hohe Abgabenlast auf Arbeit begünstigt Wirtschaftswachstum. In Bereichen wie Energie, Landwirtschaft, Verkehr oder Siedlungsentwicklung gibt es zahlreiche Steuervergünstigungen, die wachstumstreibend wirken. Deshalb wäre es sinnvoll, wie Irmi Seidl betont, das gesamte Steuersystem auf wachstumstreibende und umweltschädigende Anreize hin zu analysieren.

## **Mit drei Hebeln den Umweltverbrauch beeinflussen**

Will der Staat via Steuern Umweltverbrauch verteuern und umweltfreundliches Verhalten belohnen, bieten sich ihm im Wesentlichen drei Hebel: Erstens kann er umweltschädliche Steuervergünstigungen abschaffen. Zweitens kann er positive Anreize für umweltfreundliches Verhalten setzen, etwa beim Wohnen oder bei der Mobilität. Und drittens kann der Staat bestehende Umweltabgaben erhöhen und ausweiten, beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Abgabe. So besteuert die Schweiz heute fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) mit 120 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>, jedoch nicht fossile Treibstoffe (Benzin, Kerosin).

Im Unterschied zur Mineralölsteuer, die teils in die allgemeine Bundeskasse fliesst und teils zweckgebunden für Strassen- und Luftverkehr verwendet wird, ist die CO<sub>2</sub>-Abgabe eine Lenkungsabgabe. Sie wird grösstenteils an Wirtschaft und Bevölkerung zurückverteilt. Nur: Die über die Krankenkassen zurückbezahlten Beträge sind relativ klein (rund 60 Franken) und werden von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Damit sich klimafreundliches Verhalten stärker auszahlt, müsste die CO<sub>2</sub>-Abgabe deutlich höher sein. Ab einem Preis von 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> wären die externen Kosten der Emissionen internalisiert, so das deutsche Umweltbundesamt. Allerdings gilt dies nicht für den Flugverkehr, weil sich die schädliche Wirkung des CO<sub>2</sub> in der Stratosphäre verdreifacht. Für Flugbenzin müsste der CO<sub>2</sub>-Preis gemäss Seidl bei rund 540 Franken pro Tonne liegen.

Mit Lenkungsabgaben ist aber ein fiskalisches Risiko verbunden. Wenn eine Lenkungsabgabe wirkt und weniger von der besteuerten Ressource verbraucht wird, sinken die staatlichen Einnahmen. Darum braucht es Modelle, die die Abgabe sukzessive erhöhen und/oder auf andere Ressourcen erweitern. Neben fossilen Energieträgern wäre es gemäss Seidl auch sinnvoll, andere



Umweltressourcen zu besteuern, denn: «Wir haben heute kaum eine Besteuerung von ökologischen Ressourcen wie Kies, Holz, Wasser oder all den Mineralien, die wir importieren», sagt die Ökonomin. «Dass sie so kostengünstig sind, führt zu einer enormen Verschwendung.»

### Reformen scheitern allesamt

Vor allem in den Nullerjahren gab es in der Schweiz mehrere Versuche, das Steuersystem umweltfreundlicher zu gestalten: mit Volksinitiativen – wie jener der Grünen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!» – und Vorlagen des Bundes. Sie scheiterten allesamt an der Urne. Der vorerst letzte grössere Reformversuch stammt aus den 2010er-Jahren: Damals entwickelte das Finanzdepartement unter Eveline Widmer-Schlumpf Pläne für ein umfassendes Lenkungssystem. Ab 2020 wären sämtliche Energieträger – Brennstoffe, Treibstoffe, Strom – mit einer Abgabe belastet worden. Dieses Lenkungssystem hätte sukzessive die bis dahin geltenden Subventionen für erneuerbare Energien abgelöst.

Die Vorlage scheiterte 2015 im Parlament, sie war von allen Seiten unter Beschuss geraten: Während die rechte Ratsseite neuen Umweltabgaben per se skeptisch gegenüberstand, wollte die linke die bisherigen Subventionen nicht aufgeben. Und mit dem Wechsel an der Spitze des Finanzdepartements von Eveline Widmer-Schlumpf zu Ueli Maurer verschwanden die ökologischen Reformpläne definitiv in der Schublade.

### Verlierer haben mächtige Interessenvertreter

Warum ist es bislang nicht gelungen, das Schweizer Steuersystem verursachergerecht umzugestalten, so dass jene am meisten bezahlen, die auch am meisten Ressourcen verbrauchen? «Bei jeder Steuerreform gibt es Gewinner und Verlierer», sagt Irmi Seidl, «und bei einer ökologischen Reform haben die absehbaren Verlierer – allen voran die Mineralöl- und die Autobranche – mächtige Interessenvertreter.» Präsent sind diese vor allem in den beiden rechten Parteien. So kämpft allen voran die SVP konsequent gegen jede ökologische Vorlage, oft mit millionenschweren Abstimmungskampagnen und oft erfolgreich, wie zuletzt beim CO<sub>2</sub>-Ge-

setz, das eine moderate Erhöhung und Erweiterung der CO<sub>2</sub>-Abgabe vorsah und 2021 an der Urne knapp scheiterte.

Aber auch die grossen Wirtschaftsverbände – und mit ihnen die FDP und die «NZZ» – leisten in der Regel Widerstand gegen ökologische Steuerreformen. Seidl erinnert daran, dass schon Hans Christoph Binswanger gesagt habe: «Die «NZZ» ist immer für ökologische Steuerreformen, nur nicht für die, die jeweils vorgeschlagen wird.» Sie lacht. «Und da liegt Wahrheit drin: Weil bei einer Steuerreform immer gewisse Branchen verlieren, kann man dieses und jenes an den Reformplänen kritisieren und schliesslich das Ganze auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.»

Vielleicht wird ja die kürzlich eingereichte «Zukunftsinitiative» der Juso zum Anlass, dass die Schweiz bald wieder grundsätzlich darüber diskutiert, wie sich die ökologische Transformation mittels Steuern beschleunigen lässt. Die Initiative verlangt, Erbschaften über 50 Millionen Franken zu 50 Prozent zu besteuern und die Einnahmen in Klimaschutzmassnahmen zu investieren. Dringend wäre es allemal. •

**Exklusiv**  
auf  
[moneta.ch](http://moneta.ch)

## «Gerade weil die Lenkungsabgabe so transparent ist, ist sie so unpopulär»

von Katharina Wehrli

Die «Ökosteuern» war ein Prestige-  
projekt der früheren Finanzminis-  
terin Eveline Widmer-Schlumpf  
und der letzte grosse Versuch  
des Bundes, eine ökologische  
Steuerreform einzuführen. Mit  
einem umfassenden Lenkungs-  
system wollte er die Energiewende  
in der Schweiz vorantreiben.

Martin Baur von der Eidgenös-  
sischen Steuerverwaltung

erklärt im Interview, was die da-  
maligen Reformpläne alles umfassen-  
ten, an welchen Widerständen  
sie scheiterten – und wo er heute  
die grössten steuerlichen Hebel  
sieht, um die Energiewende in der  
Schweiz zu beschleunigen.

Jetzt lesen:  
[moneta.ch/steuern-oekosteuer](http://moneta.ch/steuern-oekosteuer)



# Die «Neiddebatte» umgehen

**Johann Hug vom Verein taxmenow fordert eine höhere Besteuerung der berüchtigten «reichsten Prozente» an der Spitze der Pyramide. Dass er selbst auch zu ihnen gehört, war ihm zunächst gar nicht bewusst.**

Interview: Roland Fischer

**moneta: Johann Hug, Sie treten lieber unter Pseudonym an die Öffentlichkeit. Warum?**

Johann Hug Der Hauptgrund ist meine Unerfahrenheit in der Medienarbeit. Natürlich wäre es sinnvoll, mit meinem Klarnamen für unser Anliegen einzustehen, aber ich möchte zuerst einmal herausfinden, wie das so ist mit dem Medienecho.

**Es geht also nicht darum, dass Sie lieber ein Geheimnis um Ihren Reichtum machen?**

Ich bin niemand, der den Reichtum lebt, mich wird man nie mit einem Ferrari herumfahren sehen. Aber in meinem Umfeld weiss man um meine finanzielle Situation, ich habe da nicht wirklich etwas zu verbergen. Diese Tabuisierung von Geldbelangen, das sagt mir nichts.

**Man könnte es auch «Diskretisierung» nennen, das gutschweizerische «Über Geld redet man nicht». War Ihnen immer klar, dass Sie einer besonderen «Klasse» angehören?**

Nein, das war gar nicht so offensichtlich. Ich arbeite in der IT, da sind die Gehälter so hoch, dass meine privilegierte Situation zunächst gar nicht besonders auffällt. Würde ich im Niedriglohnssektor arbeiten, wäre das bestimmt ganz anders.

**Sie sind aber noch anders gut gebettet, richtig?**

Ja, wenn ich über Geld nachdenke, dann teile ich das auf: Da gibt es das Geld, das ich selbst verdiene, und dann gibt es das «Glück durch Geburt», das Vermögen, das von der Familie kommt, man nennt es richtigerweise auch «leistungsfreies Einkommen». Bei mir trägt dieses mindestens die Hälfte oder wohl eher gegen zwei Drittel zu meinem Vermögen bei. Das bedeutet auch, dass ich schon früh Geld ansparen und – erfolgreich – investieren konnte. Solch finanzielles Know-how erlangt man kaum, wenn am Ende des Monats kein Geld übrig ist, weil alles aufgebraucht ist.

**Also verfügen Sie unterdessen auch über einiges an eigenem Kapital?**

Ein wenig so, wie es sein soll, nicht? Man arbeitet fleissig, und das zahlt sich aus – gerade in der Schweiz gilt das ja als Grundtugend und Chance, für alle gleichermassen.

**Ich höre da ein kleines Stirnrunzeln heraus?**

Ja, ich musste auch lernen, zu verstehen, dass meine Karriere ebenfalls bevorteilt war durch die familiäre Situation, ich habe also doppelt geerbt, wenn man so will. Dank meiner Familie konnte ich eine gute Ausbildung machen, hatte ich ein stabiles Umfeld, mit Eltern, die genug Zeit hatten für mich.

**Sie sprechen da den sogenannten Klassismus an, der in der Schweiz ebenfalls kaum ein Thema ist. Wie Sie schon angetönt haben, tun wir ja gern so, als hätten hier alle die gleichen Chancen, reich zu werden.**

Ich erinnere mich noch gut an den Moment, als mir klar wurde, dass da etwas nicht aufgeht. Ich machte einen Grob-



abriss meiner Finanzen. Es zeigte sich, dass ich mich mit den vorhandenen Mitteln über zehn Jahre hätte durchfinanzieren können, ohne einen Finger zu rühren. Das kam mir für einen Menschen unter dreissig schon einigermaßen absurd vor. Noch absurder wurde es, als eine namhafte Erbschaft dazukam. Ich verglich mich mit Leuten in meinem Alter, was die Ziele angeht, die man so hat im Leben, und ich merkte: Ich hatte diese im Prinzip schon erreicht – ohne etwas machen zu müssen. Das irritierte mich, weil mir die Vorstellung gefällt, dass man etwas leisten muss, um etwas zu erreichen.

***Deshalb engagieren Sie sich nun mit taxmenow für mehr Steuergerechtigkeit. Was nicht so einfach sein wird – haben Sie eine Vorstellung davon, wie hoch die Steuern für Ihresgleichen sein müssten, um für wirklich gleich lange Spiesse zu sorgen?***

Wir haben natürlich Ideen, aber ich glaube, ich bin der Falsche, um hier eine konkrete Zahl zu nennen. Denn was wir im Verein auch vermeiden wollen: Dass es wieder die Vermögenden sind, die bestimmen, wie das System konstruiert sein soll. Auf jeden Fall braucht es eine stark progressive Besteuerung, aber bei der konkreten Ausgestaltung sollten wir uns auf das Urteil von Experten abstützen.

***Doch die Idee der Umverteilung ist auf jeden Fall zentral?***

Ja, das ist die Mission von taxmenow. Uns eint der Wunsch, dass sich die Vorgaben ändern, gesamtgesellschaftlich. Und wir betrachten Steuern als taugliches Mittel, um die Vermögen gerechter zu verteilen.

***Und was halten Sie von grossformatigen Spenden-Initiativen wie der «Giving Pledge»?***

Bei Spenden sind wir skeptisch. Wenn eine vermögende Person spendet – auch wenn es sich um einen ansehnlichen Betrag handelt –, hat sich noch nichts Systematisches verändert. Nur bei Steuereinnahmen entscheiden wir gemeinsam und demokratisch, was mit dem Geld geschehen soll: Geben wir mehr für Bildung aus oder doch eher für erneuerbare Energien?

***Was aber auch heisst, dass Sie die Kontrolle aus der Hand geben, was mit Ihrem Geld «Sinnvolles» passieren kann.***

Ja, das stimmt. Ich hätte aber auch kein Problem damit, wenn die Mehrheit entscheiden würde, das Geld, sagen wir mal, für einen Sportgrossanlass auszugeben, mit dem ich persönlich nicht viel anfangen kann. Ich bekomme jeweils auch Kritik zu hören in Bezug auf die Ausgabenpolitik des Staates. Da entgegne ich gern: Zeig mir mal die wirklich unvernünftigen Ausgaben eines Staates, zeig mir die 300-Meter-Jacht, die er sich gekauft hat.

***Auf diese Weise unvernünftig mag er nicht sein, aber gleichzeitig hat dieser Staat auch Mühe, angemessen auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Hätten Sie nicht die Mittel in der Hand, um beispielsweise wirklich wirksame Umweltprojekte anzustossen, an der Politik vorbei?***

Klar kann man schneller und effizienter gestalten, wenn man allein als Diktator über die Verwendung von Geldern entscheiden kann. Das ist sicher ein Nachteil demokratischer Prozesse, dass sie umständlich sind und oft ein wenig langsam. Aber noch einmal: Es mag viele Leute geben, die mit ihrem Geld Grossartiges machen, aber es gibt eben mindestens ebenso viele, die ihr Vermögen für fragwürdige Zwecke einsetzen. Oder auf jeden Fall nicht für solche, die dem Allgemeinwohl dienen.

***Erstaunt es Sie eigentlich, dass dieser Aktivismus für mehr Steuern so provokativ zu sein scheint?***

taxmenow bekommt tatsächlich sehr viel Medienaufmerksamkeit. Wir scherzen zuweilen, der Verein sei nur gegründet worden, um der «Neiddebatte» Wind aus den Segeln zu nehmen. Das ist ja ein Totschlagargument, um keine echte Diskussion um Steuern führen zu müssen. Eben waren wir mit dem Verein am WEF und haben Unterschriften gesammelt von Menschen, die bereit wären, mehr Steuern zu bezahlen. Damit schafften wir es dann auch in die «Tagesschau».

***Wie muss man sich das genau vorstellen, taxmenow am WEF? Offiziell eingeladen waren Sie wohl nicht?***

Nein, der Verein hat sich da einfach mit einem Schild unter die Leute gemischt und die Diskussion gesucht. Es ging schlicht darum, Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren.

***Und das klappt? Aufmerksamkeit bekommen Sie ja, aber tut sich auch etwas in den Köpfen? Oder ist Ihr Aktivismus letztlich eine Alibiübung?***

Meiner Erfahrung nach stossen wir mit den Kernargumenten auch bei vermögenden Personen nicht bloss auf Ablehnung. Ich glaube, dass die Debatte zunehmend Raum bekommt, vielleicht noch nicht so sehr in der Schweiz, weil hier die sozialen Verwerfungen noch weniger deutlich zu sehen sind. Wenn man aber das Beispiel Deutschland nimmt, dann sehe ich schon ein Umdenken. Oder zumindest eine Entwicklung in die richtige Richtung.

***Welche politischen Ziele haben Sie sich denn im Verein gesetzt?***

Wir haben keinen konkreten Zeitplan. Zunächst geht es darum, die Leute dazu zu bringen, Dinge zu hinterfragen. Vielleicht ist es ja auch gar nicht so wichtig, was wir in zehn oder zwanzig Jahren erreicht haben, so jedenfalls verstehe ich diese Art von Aktivismus. Die Absicht ist, den Scheinwerfer auf die gesellschaftlichen Problemfelder zu richten. Und wenn das schwer vermögende Menschen tun und der Scheinwerfer dementsprechend heller ist: umso besser. •

Der Verein **taxmenow** ist eine Initiative von Vermögenden im deutschsprachigen Raum. Bekanntestes Gesicht des Vereins ist BASF-Erbin Marlene Engelhorn. Der Verein will sich aus der Perspektive von Vermögenden am

Diskurs um Steuergerechtigkeit beteiligen. So soll auf ein Steuersystem hingewirkt werden, das auf demokratische und transparente Weise für Umverteilung sorgt und das Gemeinwohl stärkt.

# DIE SEITEN DER ABS

## STEUERN ZAHLEN MACHT SINN UND HAT POTENZIAL

Ein Kommentar von Rico Travella,  
Mitglied der Geschäftsleitung der ABS

**Dass nicht un versteuertes Geld auf anonymen Konten landet, war ein Antrieb für die Gründung der ABS. Trotz mittlerweile flächendeckender Weissgeldstrategie sind Steuerskandale noch immer keine Seltenheit. Tut es denn so weh, Steuern zu zahlen? Sind nicht gerade sie ein Ermöglicher für das Modell Schweiz mit sozialem Zusammenhalt und begrenzter Schere zwischen Arm und Reich? Hätten sie nicht Potenzial für die nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft?**



Foto: fotifabrik.ch

Rico Travella

Unternehmensführung/Mitglied der Geschäftsleitung

Mit Steuern lässt sich lenken. Steuern und Abgaben ermöglichen soziale Gerechtigkeit und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Steuern tragen dazu bei, soziale Konflikte zu reduzieren und gesellschaftliche Anliegen zu fördern (z.B. Gesundheit, Ökologie, Vorsorge). Dennoch: Steueroptimierung bleibt ein präsentés Thema.

Seit Gründung setzt die ABS auf eine Weissgeldstrategie. Trotz «Weissgeld»-Strategie und Verpflichtung preist der Marktleader im Finanzsektor sein Know-how in Bezug auf Steueroptimierung ganz offiziell auf der Website an.

Natürlich dürfte es sich dabei um Beratungen im Rahmen des gesetzlich Erlaubten handeln. Das war bei Schweizer Banken nicht immer so. Wir erinnern uns an den grossen Skandal mit den USA. Die Grossmacht hatte nachgewiesen, dass Schweizer Banken Amerikanerinnen und Amerikaner aktiv angeworben hatten, damit diese in ihrem Heimatland Steuern umgehen konnten. Fast alle (!) Schweizer Geschäftsbanken (auch kleinere, auch Genossenschaften, auch solche im Besitz öffentlich-rechtlicher Körperschaften) sahen sich danach veranlasst, Vergleichszahlungen mit den US-Steuerbehörden auszuhandeln. Und die ABS? Die hatte nichts zu befürchten. Denn sie setzte ab ihrer Gründung auf eine Weissgeldstrategie – geprägt von einer Zeit, in der Bankenskandale rund um die Geldwäscherei an der Tagesordnung waren. Anders als andere Banken, bot sie nie Hand zur Steuerhinterziehung. Noch immer lesen wir von Gerichtsfällen in Frankreich und Deutschland (z.B. der Cum-Ex-Skandal), wo sich Gerichte mit Produkten und Praktiken von Schweizer Finanzdienstleistern befassen, deren Ziel das Umgehen von Steuern ist. Dass Finanzdienstleister hierzu noch immer viel Kreativität aufwenden, ist bemerkenswert. Die Energie könnte besser eingesetzt werden, zum Beispiel, um verantwortungsvolle Geldströme zu fördern, das heisst, Kredite nicht an Firmen und Länder zu vergeben, die ökologisch und sozial schädlich handeln – und auch Anlagen nicht dort zu tätigen.

### So viel Steuern zahlt die ABS

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS hatte die «Handelszeitung» berichtet, dass grosse Banken gewichtige Steuerzahler sind und die hohen Löhne und Boni solcher Institute natürlich auch einen positiven Beitrag leisteten. Wie sieht es bezüglich Steuern bei der ABS aus? Die Bank zahlt keine Boni, hat moderate Löhne und verfolgt die Regel, dass der höchste Lohn maximal fünfmal so gross wie der tiefste sein darf (was jedoch mit 1 : 3,7 nicht ausgeschöpft wird). Sie erzielt auch keine grossen Gewinne, da sie Gewinnsuffizienz anstrebt und ihre Erträge einsetzt, um



die Bank stabiler und innovativer zu machen. Die ABS verfügt dennoch, weil sie regelmässig Kapitalerhöhungen durchführt, über eine überdurchschnittlich hohe Eigenkapitalquote. Sie übertrifft die Anforderungen des strengen Kleinbankenregimes deutlich. Per 31. Dezember 2023 betrug die ungewichtete Eigenkapitalquote der Bank 9,8 Prozent, erforderlich wären mindestens 8 Prozent (die Mega-Bank UBS erreichte notabene 5,15 Prozent). Da Steuern auf Eigenkapital unabhängig vom Gewinn fällig werden, zahlt die ABS also auch dann substantiell Steuern, wenn sie keinen Gewinn erzielt. Für 2023 entrichtet die ABS rund 6,1 Millionen Franken an Steuern. Würde die ABS steueroptimiert denken, würde sie nicht ein so hohes Eigenkapital anhäufen.

#### Mit Steuern lenken

Zurück zum Sinn und zur Lenkungsfunktion von Steuern. Der Staat lenkt mit seiner Fiskalpolitik, wofür Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger ihr Geld investieren. Steuerabzüge für die Investition in die Vorsorge, also die zweite und dritte Säule, verfolgen das Ziel der Selbständigkeit im Alter. Investitionen in die Erhaltung von Immobilien von den Steuern abziehen zu können, hat den Erhalt des Immobilienbestands zum Ziel und begünstigt die nachhaltige Sanierung von Gebäuden. Dass hier der Gesetzgeber aktiv ist, ist aus Sicht der ABS sinnvoll. Wenn die Sanierung den Fussabdruck eines Gebäudes senkt, ist das eine Investition für künftige Generationen. Wenn die private Vorsorge gestärkt wird, wird die Wahrscheinlichkeit gesenkt, dass die Allgemeinheit für im Alter verarmte Menschen aufkommen muss.

Lenkend wirkt auch die CO<sub>2</sub>-Abgabe, die seit 2008 erhoben wird. Ihr Ziel ist der sparsame Umgang mit fossilen Brennstoffen. Seit 2022 beträgt der Abgabesatz 120 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>. Gemäss Bundesamt für Umwelt (Bafu) beträgt der jährliche Ertrag ungefähr 1,2 Milliarden Franken. Mit einem Drittel dieser Einnahmen (maximal 450 Millionen Franken) unterstützen Bund und Kantone über das Gebäudeprogramm energetische Sanierungen und erneuerbare Heizenergie. Weitere 25 Millionen Franken werden dem Technologie-

fonds zur Förderung innovativer Unternehmen zugeführt. Die verbleibenden zwei Drittel der Einnahmen werden an Unternehmen und Bevölkerung rückvergütet. Die ABS rundet ihre Rückvergütung auf und stellt den Betrag der Klimastiftung Schweiz (klimastiftung.ch) zur Verfügung, deren Mitgründerin sie war. Mittlerweile gehören der Stiftung über 30 Partnerfirmen an. Sie fördern Projekte von KMU, die einen Beitrag zum Klimaschutz in der Schweiz und Liechtenstein leisten.

Aber mit Steuern wird nicht überall gelenkt, wo es aus unserer Sicht nötig wäre: Bei den Finanzanlagen gibt es bislang keine solche Steuerung. Nachhaltige Anlagen werden steuerlich genau gleich behandelt wie konventionelle Anlagen – auch wenn deren Erträge davon profitieren, dass externe ökologische und soziale Effekte nicht eingepreist sind. Inwiefern steuerliche Anreize für nachhaltige Anlagen geschaffen werden sollen, die Investitionen lenken, ist eine politische Diskussion. Das Interesse bei unserer Kundschaft wäre vorhanden. Ein anderer aus unserer Sicht sinnvoller Weg wäre, endlich die Nutzung natürlicher Ressourcen und soziale Effekte verursachergerecht zu bepreisen. Das würde sehr wahrscheinlich zu einer deutlichen Veränderung der Renditen führen und Anlageentscheide quasi automatisch anders lenken.

#### WICHTIGER HINWEIS ZU MONETABELLAGEN UND -INSERATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.



# ERFOLGREICHES GESCHÄFTSJAHR 2023

Die Alternative Bank Schweiz konnte im vergangenen Jahr in allen Bereichen zulegen. Sie hat einen Gewinn von 1,5 Millionen Franken erwirtschaftet, unter anderem dank einem deutlichen Wachstum im Kreditbereich. Auch das Interesse am Anlagegeschäft der Bank ist ungebrochen hoch. Text: Julia Barriga

## ABS in Zahlen

Anzahl Kundinnen und Kunden	<b>44 248 +1,97%</b>
Kundengelder	<b>CHF 2 165 000 000 +6,97%</b>
Anzahl Kreditnehmerinnen/Kreditnehmer	<b>1 244 +1,88%</b>
Kundenausleihungen	<b>CHF 1 826 000 000 +9,5%</b>
Anteil Ausleihungen in einem ABS-Förderbereich (Basis benutzbare Kreditlimiten)	<b>87,0% +2,3%</b>
Anzahl ABS-Aktionärinnen und -Aktionäre	<b>9 429 +3,12%</b>
Anzahl Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter inkl. Lernende	<b>159 +3,25%</b>
Bilanzsumme	<b>CHF 2 480 000 000 +6,78%</b>
Eigenmittel	<b>CHF 297 900 000 +5,86%</b>
Ungewichtete Eigenkapitalquote*	<b>9,8% -2,0%</b>
Geschäftsaufwand	<b>CHF 26 100 000 +2,76%</b>
Jahresergebnis (Gewinn)	<b>CHF 1 500 000 +54,45%</b>

\* Aufgrund der Teilnahme am Kleinbankenregime wird die risikogewichtete Eigenkapitalquote nicht mehr ausgewiesen.

Illustration: art.l.schock



Die Alternative Bank Schweiz (ABS) blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Ende 2023 zählte sie 44 248 Kundinnen und Kunden und damit 853 mehr als im Vorjahr. Sie vertrauten der Bank insgesamt 2,165 Milliarden Franken an. Das entspricht einer Zunahme von 6,97 Prozent. Die Bilanzsumme nahm entsprechend ebenfalls zu und stieg um 6,78 Prozent auf 2,480 Milliarden Franken. «Diese Zunahme zeigt für mich das ungebrochene Vertrauen in die ABS und ihr sozial-ökologisches Geschäftsmodell. Dafür sind wir sehr dankbar», sagt Etienne Bonvin, Mitglied der ABS-Geschäftsleitung.

Die Bank erzielte im vergangenen Jahr 1,5 Millionen Franken Gewinn. Das sind 538 386 Franken mehr als 2022. Dieser Anstieg hängt vor allem mit drei Faktoren zusammen: Erstens konnte die ABS ihr Kreditvolumen deutlich steigern, unter anderem im Bereich der Finanzierung gemeinnütziger Wohnbauträger und erneuerbarer Energien. Zweitens wurde aufgrund der Zinswende der Zinsertrag durch höhere Kreditzinsen begünstigt. Der dritte Faktor war, dass die SNB im September 2022 erstmals in ihrer Geschichte Guthaben der Geschäftsbanken positiv verzinst und im Jahr 2023 die Verzinsung zweimal erhöhte. Insgesamt stieg der Zinsertrag für die ABS damit auf 4,9 Millionen Franken, was einer Zunahme von 4,6 Millionen Franken entspricht. Auch die Erträge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sind weiter gestiegen. Sie haben um 6 Prozent zugelegt.

## 87 Prozent Projekte mit Mehrwert

«Die Zinswende ist für uns eine grosse Erleichterung und hat uns wirtschaftlich gesehen eines der erfolgreichsten Jahre in der Geschichte der ABS ermöglicht», sagt Tanja Reuter, Mitglied der Geschäftsleitung der Bank. Dass ein wichtiger Teil des zusätzlichen Ertrags aus dem Kreditgeschäft stammt, freut sie besonders. «Das zeigt, dass wir noch mehr von dem Geld, das uns unsere Kundinnen und Kunden anvertrauen, in wirkungsvolle Projekte in der Realwirtschaft investieren konnten.»

Die Ausleihungen der ABS betragen Ende Jahr 1,826 Milliarden Franken. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Zunahme von 9,5 Prozent. 87 Prozent ihrer Kredite hat die Bank an Projekte und Unternehmen vergeben, die gemäss ihren Förderkriterien einen sozialen oder ökologischen Mehrwert schaffen – zum Beispiel in Form von erschwinglichem Wohnraum, erneuerbaren Energien, nachhaltiger Landwirtschaft oder nachhaltigen KMU. Die restlichen 13 Prozent sind in Projekte geflossen, welche die strengen Mindestanforderungen der Bank erfüllen, indem sie keine ihrer Ausschlusskriterien verletzen.

## Positive Performance des ABS-eigenen Nachhaltigkeitsfonds

Auch im Geschäft mit nachhaltigen Anlagen ist die ABS weitergewachsen. Das Team der Anlageberatung betreute Ende 2023 3096 Personen oder Institutionen mit

insgesamt 1,268 Milliarden Franken. Das sind 38,5 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Das Vermögen im «ABS Living Values - Balanced Fund» stieg um 11,1 Prozent auf 97,0 Millionen Franken. Der ABS-eigene Fonds beendete das Jahr 2023 mit einer positiven Performance und belegte damit laut der Plattform Citywire bei den Balanced Fonds in der Schweiz Platz 38 von 123.

Die Anzahl Aktionärinnen und Aktionäre der ABS stieg auf 9429, was einer Zunahme von 285 Personen entspricht. Die Eigenmittel wuchsen gleichzeitig um 5,86 Prozent auf 297,9 Millionen Franken. Damit kann die ABS eine überdurchschnittlich hohe ungewichtete Eigenkapitalquote von 9,8 Prozent vorweisen. Vom Kleinbankeregime sind mindestens 8 Prozent gefordert. «Wir übertreffen also die Anforderungen deutlich und können die Bank auf einer stabilen Basis weiterentwickeln», hält Etienne Bonvin fest.

#### **Gute Entwicklung soll 2024 weitergehen**

Auch für 2024 erwartet die ABS, dass sie weiterwachsen wird und sich weiter positiv entwickelt, sowohl was die wirtschaftliche Leistung als auch ihre positive Wirkung auf Umwelt und Gesellschaft angeht. Die wichtigsten Investitionen sollen in der Digitalisierung sowie im Bereich Personal erfolgen, wo vor allem die Ressourcen in der Kundenberatung ausgebaut werden sollen. Trotz den Investitionen rechnet die ABS mit einem positiven Ergebnis. Es wird voraussichtlich aber nicht das hohe Niveau von 2023 erreichen.

**Den vollständigen Geschäftsbericht 2023 der ABS finden Sie unter [abs.ch/gb2023](https://abs.ch/gb2023)**

## **NEUE VIZEPRÄSIDENTIN DES ABS-VERWALTUNGSRATES**



Foto: fotifabrik.ch

**Valérie Anouk Clapasson**  
Vizepräsidentin des ABS-Verwaltungsrates

Am 1. Januar 2024 hat Valérie Anouk Clapasson das Vizepräsidium des ABS-Verwaltungsrates übernommen. Sie folgt auf Albi Wuhrmann, der weiterhin Verwaltungsratsmitglied bleibt. Valérie Anouk Clapasson verfügt über ein Lizentiat in Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie über einen Executive MBA der Universität Zürich und ist bereits seit Mai 2020 im Verwaltungsrat der ABS. Im Hauptberuf ist sie Geschäftsleiterin der Genossenschaft Kalkbreite in Zürich und stellt so sicher, dass die Bedürfnisse der gemeinnützigen Bauträger, eines wichtigen Kundensegments der ABS, ins Gremium einfließen.

**Ein ausführliches Porträt aus dem Jahr 2020 finden Sie unter: [moneta.ch/clapasson](https://moneta.ch/clapasson)**



### **EINLADUNG ZUR**

## **33. ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER ABS**

**Freitag, 17. Mai 2024, 14.00 Uhr,  
Umweltarena in Spreitenbach**

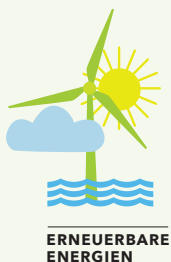
#### **Wichtige GV-Traktanden**

Auf der Traktandenliste der ABS-Generalversammlung stehen unter anderem die Neuwahl von zwei Verwaltungsratsmitgliedern, diversen Statutenänderungen und eine Leitbildanpassung. Des Weiteren beantragt der Verwaltungsrat die Wahl von «ethix - Lab für Innovationsethik» als Ethikkontrollstelle für eine Amtsdauer von drei Jahren.

Alle Aktionärinnen und Aktionäre erhalten fristgerecht eine persönliche Einladung mit der detaillierten Tagesordnung und allen weiteren nötigen Unterlagen.

#### **Als Gast an die Generalversammlung**

Auch wer keine ABS-Aktien besitzt, ist herzlich eingeladen, an der Generalversammlung teilzunehmen. Melden Sie sich an unter [gv-ag@abs.ch](mailto:gv-ag@abs.ch) oder Telefon 062 206 16 16.



# FERNWÄRME AUS HOLZ FÜR DAS SARGANSERLAND

**Die Pizol Energie AG will Teile der drei St. Galler Gemeinden Wangs, Mels und Sargans mit erneuerbarer Fernwärme versorgen. Die Holzheizzentrale im Wolfriet Wangs soll im Herbst 2024 in Betrieb genommen werden. Die Alternative Bank Schweiz unterstützt den Wärmeverbund als Finanzierungspartnerin.**

Text: Béatrice Koch

Eine zentrale Wärmeerzeugung auf der Basis von regionalem Holz soll Dutzende fossile Feuerungen ersetzen: Das ist die Überlegung hinter dem privaten Wärmeverbund Pizol Energie AG. Die Firma gehört den drei Unternehmern Paul Scherrer, Inhaber einer Heizungs- und Sanitärfirma in Berschis (Gemeinde Walenstadt), Josef Gall, Forstunternehmer in Berschis, und Hans Fäh, Elektroinstallations in Unterterzen. Gemeinsam realisieren sie zurzeit im Gebiet Wolfriet in Vilters-Wangs eine Holzsnitzelheizung mit Wärmeverbund, die Liegenschaften in den Gemeinden Wangs, Mels und Sargans mit erneuerbarer Wärmeenergie versorgen soll. Das Ziel der drei Gründer, im Herbst 2024 die Zentrale in Betrieb zu nehmen und die ersten Kundinnen und Kunden mit Fernwärme zu versorgen, ist in Reichweite: Ein knappes halbes Jahr nach Baubeginn im vergangenen August sind die Betonarbeiten für die Heizzentrale abgeschlossen. Holzheizkessel, Abgaskondensationsanlage, Elektrofilter, Pufferspeicher und der Ölheizkessel, der die Anlage in Notfällen und Spitzenzeiten unterstützen kann, wurden ebenfalls bereits geliefert. Parallel zum Bau der Heizzentrale wird das Leitungsnetz gebaut. Bei Inbetriebnahme im Herbst 2024 wird der Grossteil der 7,5 Kilometer Leitungen verlegt sein.

## Idealer Standort im Wolfriet

Im Frühling 2022 sprach die Ortsbürgergemeinde Wangs die knapp 11 000 Quadratmeter grosse Parzelle im Wolfriet der Pizol Energie AG im Baurecht zu. Das war die Voraussetzung dafür, dass die Betreiber ihren Plan eines Wärmeverbunds auf Basis von Holz überhaupt weiterverfolgen konnten. «Der Standort ist für uns ideal», sagt Scherrer. In direkter Nachbarschaft befinden sich mit dem Pizolcenter, Pizolpark, Rietcenter, Jumbo-Markt, Möbel Pfister und Bauhaus gleich mehrere Grosszügiger. Zudem liegt die Parzelle im Schnittpunkt der drei Gemeinden Wangs, Mels und Sargans, die alle zum Einzugsgebiet gehören. Weitere Vorteile des Standorts im Wolfriet sind die gute Verkehrsanbindung für die reibungslose Anlieferung der Holzsnitzel und die Lage ausserhalb eines Wohngebiets, in dem allfällige Lärm- oder Geruchsemissionen stören könnten. Die umliegenden Einkaufszentren werden sich ebenso ans Fernwärmenetz anschliessen wie sämtliche Schul- und Gemeindeganzen im Einzugsgebiet, Sporthalle, Werkhof und Motorfahrzeugkontrolle des Kantons, der Autobahnstützpunkt des Bundesamts für Strassen (Astra) sowie diverse Mehrfamilienhäuser und Gewerbebauten.

## Emissionsarm rund ums Jahr

Derzeit entsteht ein Gebäudekomplex mit einer Technikhalle und einem Holzsnitzellager. Der Brennstoff stammt zum Grossteil aus den Wäldern und Sägereien der Region. Dazu kommt Holzsnitzel von den Autobahn-



Foto: zvg

Der Wärmespeicher gewährleistet ganzjährig einen sicheren Betrieb.





Der Holzschnittelkessel mit einer Leistung von ca. 2,5 MW liefert den Grossteil der Heizenergie.

böschungen, die das Bundesamt für Strassen liefert, und kleine Mengen Altholz vom nahen Baumarkt. Den Jahresbedarf an Holzschnitteln beziffert die Pizol Energie AG auf etwa 19 000 Kubikmeter. Scherrer: «Mit dem jetzigen Ausbaustand kann jährlich eine Heizölmenge von 1,4 Millionen Litern ersetzt werden. Dadurch sinkt der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um rund 3800 Tonnen pro Jahr.» Die Anlage wird jährlich etwa 12 000 Megawattstunden Nutzenergie erzeugen, womit man 800 Einfamilienhäuser mit Wärme versorgen kann. Eine Abgaskondensation sorgt dafür, dass auch die letzte Energie aus den Abgasen entnommen wird und ein Elektrofilter dafür, dass die strengen Grenzwerte für Feinstaub eingehalten werden. «Dank einem Wärmespeicher mit einem Volumen von rund 60 Kubikmetern können wir ganzjährig einen kontinuierlichen Betrieb gewährleisten», versprechen die Betreiber.

Die Verhandlungen mit den Behörden und Grundeigentümern, das Einholen von Baubewilligungen in gleich drei Einzugsgemeinden, die Vergabe und Kontrolle der Bauarbeiten und die Akquisition der zukünftigen Wärmekunden: Das alles sei schon sehr zeitintensiv, räumt Scherrer ein, zumal er daneben noch ein eigenes Geschäft leiten müsse. Dass der sportliche Zeitplan eingehalten werden kann, ist gemäss Scherrer auf mehrere Umstände zurückzuführen: Er selbst bringt bereits viel Erfahrungen und Know-how in Bezug auf Fernwärmeverbände und deren Betrieb mit. Dann wird die Pizol Energie von Urs Zwingli unterstützt, der mit seinem Ingenieurbüro Calorex AG auf Wärmeverbände spezialisiert ist. So war Zwingli unter anderem am Wärmeverbund in Wattwil im Toggenburg beteiligt, der seit 2016 in Betrieb ist und der Anlage in Wangs als Vorbild dient. Schliesslich sind die drei Gründer alles erfolgreiche und in der

Region gut vernetzte Unternehmer, die es gewohnt sind, Entscheidungen rasch zu treffen und auch mal gewisse Risiken einzugehen. So haben sie, um die langen Lieferfristen aufzufangen, beispielsweise die Holzheizkesselanlage bestellt, noch bevor das Baugesuch eingereicht wurde und die damit verbundene Baubewilligung vorlag. «Wir wollten, dass es zügig vorwärtsgesht», sagt Scherrer. Schliesslich seien die Kunden erst bereit, Verträge abzuschliessen, wenn Sicherheit bestehe und das Vorhaben definitiv sei. «Deshalb war für uns auch von Anfang an klar, dass wir den Wärmeverbund mit dieser notwendigen Strategie nur auf privater Basis realisieren können.»

#### **Unkomplizierte Finanzierungspartnerin**

Mit ihrem Vorhaben eines Wärmeverbunds aus erneuerbarer Holzenergie stiessen sie bei Behörden und potenzieller Kundschaft auf offene Türen. Dass die Pizol Energie AG ihre Pläne so rasch umsetzen konnte, liege nicht zuletzt auch an der Alternativen Bank Schweiz (ABS), sagt Scherrer: «Die ABS mit ihrer unkomplizierten Art ist für uns ein Glücksfall.» Die Bank finanziert die Heizzentrale und den damit verbundenen Wärmeverbund mit einem Kredit über 9 Millionen Franken. Scherrer erinnert sich, wie er der Bank den Businessplan eingereicht und bereits zwei Tage später einen ersten Finanzierungsvorschlag erhalten habe: «Und der war erst noch weit besser als alle Vorschläge, die wir von anderen Banken bekommen hatten.» Die ABS stelle durchaus kritische Fragen, aber stets mit dem Willen, die Interessen der Kunden zu verstehen. «Die Kommunikation findet immer auf Augenhöhe statt», sagt Paul Scherrer: «Die ABS ist für uns nicht einfach nur eine Bank, sondern eine echte Partnerin.»





## Mit sicherer Hand für Biosaatgut

Werden Sie Aktionär\*in bei der Sativa Rheinau AG

### Welches Saatgut kann in Zukunft angebaut werden?

*Patente auf Pflanzen, Gentechnik, 75% des gehandelten Saatguts auf der Welt stammt von drei Firmen, Einschränkungen bei der Sortenvielfalt, Verschwinden von alten Kultursorten ...*

Wer sich heute mit Saatgut beschäftigt, kommt an negativen Schlagzeilen nicht vorbei. Aber es gibt auch Ansätze von Firmen und Initiativen, sich für Alternativen in der Pflanzenzüchtung und im Umgang mit Saatgut einzusetzen. Die Sativa Rheinau AG spielt hier eine wichtige Rolle.

Bei Sativa fühlen wir uns auf dem richtigen Weg und möchten diesen auch in Zukunft konsequent weiter gehen. Immer mehr Menschen fragen nach unseren Produkten und Dienstleistungen. Wir sind überzeugt, dass die Nachfrage nach Biosaatgut noch weiter steigen wird.

Unterstützen Sie uns durch Ihre Beteiligung! Zeichnen Sie Aktien bei Sativa und bauen Sie mit uns an der eigenständigen und unabhängigen Saatgutversorgung für den Biolandbau!

### Sie möchten Aktien der Sativa Rheinau AG zeichnen?

- Ich interessiere mich für die Zeichnung von Aktien bei der Sativa Rheinau AG.  
Senden Sie mir bitte die Zeichnungsunterlagen.
- Ich melde unverbindlich mein Interesse an für die Zeichnung von ..... Aktien zum Nennwert von Fr. 500.- und dem Ausgabepreis von Fr. 1'000.-.  
Bitte senden Sie mir die Zeichnungsunterlagen.
- per Post  per E-Mail

Sie können die Unterlagen auch anfordern unter:  
[www.sativa-rheinau.ch/aktien](http://www.sativa-rheinau.ch/aktien)

**Senden oder faxen Sie den Coupon an:**

<hr/>	<hr/>
Vorname	Name
<hr/>	<hr/>
Strasse	PLZ, Ort
<hr/>	<hr/>
Telefon	E-Mail
<hr/>	<hr/>
Ort, Datum	Unterschrift

Sativa Rheinau AG • Chorbstrasse 43 • CH 8462 Rheinau  
 Fax 052 544 06 01 • Tel 052 544 06 00  
[www.sativa-rheinau.ch](http://www.sativa-rheinau.ch) • [aktien@sativa-rheinau.ch](mailto:aktien@sativa-rheinau.ch)



A FILM BY PAWO CHOYNING DORJI  
WRITER & DIRECTOR OF ACADEMY AWARD NOMINEE  
LUNANA

# THE MONK AND THE GUN

«Bhutans grandioser Oscar-Kandidat  
übt scharfsinnige Kritik am westlichen Einfluss.»

VARIETY

**AB  
18. APRIL  
IM KINO**

ACADEMY AWARDS 2024  
SHORTLISTED  
BEST INTERNATIONAL  
FEATURE FILM

trigon-film

scich.org

## Jubiläum SCI Schweiz

100 Jahre gemeinsames  
Engagement für den Frieden

## MÄNNERZEIT

In der Natur - unterwegs zu dir selbst

- ☛ Visionssuche
- ☛ Männerrunden
- ☛ Väterrunden
- ☛ Vater-Kind-Wochenenden
- ☛ Männer- & Vätercoaching
- ☛ Auszeiten im „Linuss-Hüsl“

Philippe Häni | Marcel Ziegler | Benjamin Diggelmann

www.maenner-zeit.ch | 079 751 56 75

Bist du bereit, deinem **Tod** zu  
begegnen, um ganz fürs **Leben**  
einzustehen?

## Vision Quest

wildes Land - lebendiges Sein

Begegne da draussen dir  
selber echt und ehrlich

www.wildundlebendig.ch

## casafair

Eigentum  
mit Verantwortung

Jetzt  
anmelden!

## Solarstrom gemeinsam nutzen

Wie funktioniert  
ein Zusammenschluss  
zum Eigenverbrauch (ZEV)?

Online-Kurs  
Dienstag, 28. Mai 2024, 18.15–19.45 Uhr

Anmeldung bis 21. Mai 2024 auf  
casafair.ch/veranstaltungen

www.casafair.ch

HIER KÖNNTE  
IHRE ANZEIGE STEHEN!

PLATZIEREN SIE  
IHRE BOTSCHAFT!

In einer der nächsten  
Ausgaben.

Magazin für Geld und Geist

moneta

moneta.ch/inserate  
moneta@abs.ch



# Steuern für die Lebendigkeit

**In touristischen Berggemeinden fehlen zunehmend Wohnungen für Familien und Menschen, die dort arbeiten. Betroffen ist auch Pontresina GR. Eine neue Steuer für die «Zweitheimischen» soll das Dorfleben erhalten. Gemeindepräsidentin Nora Saratz Cazin erklärt.**

Interview: Esther Banz

**moneta: Nora Saratz Cazin, holen Sie es sich nach Pontresina: Was ist das für ein Ort?**

**Nora Saratz Cazin** Pontresina ist eine lebendige, sonnige Gemeinde in den Bündner Alpen. Anders als in neueren Alpen-Resorts, leben hier Einheimische mit ihren Familien – teilweise seit vielen Generationen. Die Einheimischen sind fröhliche und gastfreundliche Menschen. Der Tourismus hat eine lange Tradition: Die älteste Gästeunterkunft datiert aus dem 17. Jahrhundert. Damals bot man Betten an für jene, die an der Via Valtellina zwischen Italien und der Schweiz Handel trieben.

**Ist Pontresina noch immer so gastfreundlich?**

Ja! Wir haben etwa 2400 Hotelbetten, rund 230 bewirtschaftete Ferienwohnungen sowie privat genutzte Zweitwohnungen und einen Campingplatz. Demgegenüber leben rund 2100 Personen fest in Pontresina. Nur noch 42 Prozent der Wohnungen werden als Erstwohnungen genutzt. Der

Bau von Zweitwohnungen ging in den 1960er-, 1970er-Jahren richtig los. Wir Einheimischen haben davon übrigens sehr profitiert. Erst jetzt merkt man, dass der eigene Erfolg zum Nachteil wird.

**Das seit acht Jahren gültige Zweitwohnungsgesetz wurde so ausgestaltet, dass Wohnraum, der bereits vor der Annahme der Initiative (2012) bestand, zu Zweitwohnungen umgenutzt werden durfte. Erhöhte das den Druck?**

Oh ja! Unser altes System funktioniert nicht mehr. Im Engadin hatte jede Gemeinde ein Gesetz, mit dem sie die Schaffung von Erstwohnraum förderte. Das Zweitwohnungsgesetz des Bundes löste diese Regelungen ab. Das hat dazu geführt, dass eine grosse Nachfrage nach altrechtlichen Wohnungen besteht und seit 2012 kaum mehr Erstwohnungen gebaut wurden.

**Das war nicht das Ziel der Zweitwohnungsinitiative.**

Ursprünglich hatte die Initiative zwei Ziele: die Reduktion der Zweitwohnungen und den Stopp der Zersiedelung. Wohl um das Ziel des Stopps der Zersiedelung durchsetzen zu können, sind die Initianten – ob im Bewusstsein der Konsequenzen oder nicht – den bürgerlichen Parteien entgegengekommen, indem sie einen Kompromiss betreffend den Altbestand eingegangen sind. Dadurch nahm der Druck auf den Altbestand stark zu und hat zu mehr Zweitwohnungen geführt.

**Was passiert, wenn in einer Gemeinde bezahlbare Wohnungen fehlen?**

Dann ziehen vor allem Familien mit Kindern weg. Bei uns sind von den 269 Kindern, die zwischen 2010 und 2022 geboren wurden, bereits 50 nicht mehr da. Das hat nicht nur mit der Wohnsituation zu tun, aber wer bei Zuwachs mehr Platz braucht, findet nichts Bezahlbares. Manchmal werden bestehende Mietverhältnisse aufgekündigt,

um die Wohnung zu verkaufen oder an Feriengäste zu vermieten.

**Sind auch ältere Menschen betroffen?**

Ja, und es dünkt mich schade, wenn jemand hier verwurzelt ist, lange Steuern bezahlt hat und dann im Alter wegziehen muss.

**Apropos Steuern: Sie setzen nun auf eine Zweitwohnungssteuer, um Erstwohnungen zu sichern. Ist das die beste Lösung?**

Das wissen wir noch nicht. Wir suchen nach Möglichkeiten, die Vermietung an Einheimische wieder attraktiver zu machen. Und wir wollen die von uns gegründete Stiftung zum Erstellen und Erhalt von Erstwohnraum finanzieren. Die Zweitwohnungssteuer soll dereinst auf jede Wohnung geschuldet sein, die als Zweitwohnung genutzt wird, egal, wer der Eigentümer ist, ob Einheimische oder Zweitheimische.

**Sie beziehen in Ihrem Prozess auch diese «Zweitheimischen» in die Lösungsfindung ein, fragen nach weiteren Vorschlägen – wie sind die Reaktionen?**

Wir wollen eine offene Diskussion und haben über 700 Mitwirkungseingaben erhalten! Es ist inzwischen vielen bewusst, dass es eine gegenseitige Abhängigkeit gibt. Der Wert der Zweitwohnungen hängt ja direkt zusammen mit dem Angebot, das wir haben, mit den Dienstleistungen – und mit den Menschen, die diese erbringen.

**Steuern sind bekanntlich nicht besonders populär. Ihnen scheint aber das Kunststück zu gelingen, mit einem Steuervorhaben breite Kreise für die drängenden Probleme einer attraktiven Berggemeinde zu sensibilisieren, auch im Unterland ...**

Ich hoffe es! Es geht uns darum, das Bewusstsein zu schärfen für diese Entwicklung, die das Leben in einer Gemeinde zum Kippen bringen kann.

Foto: zvg



**Nora Saratz Cazin** kam 1981 in Pontresina zur Welt, ihre Familie gehört einer lokalen Dynastie an. Sie studierte in Zürich Jus und kehrte nach mehrjähriger Arbeit ebendort mit Mann und Kindern in die Heimat zurück. Sie gehört der GLP an und wurde per 2021 zur Gemeindepräsidentin gewählt.